

EINE WELT



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

NR. 1 / FEBRUAR 2022

**Das DEZA-Magazin
für Entwicklung und
Zusammenarbeit**

www.eine-welt.ch

BIODIVERSITÄT

Armut und Entwicklung sind
direkt damit verbunden

MONGOLEI

Engagierte Junge kämpfen
für mehr Gleichberechtigung

RELIGIONEN

Hindernis oder Chance
für die Entwicklung?

DOSSIER BIODIVERSITÄT



8

Ohne biologische Vielfalt keine nachhaltige Entwicklung

Die Vielfalt an Arten und Ökosystemen geht rapide zurück – ein neues globales Rahmenwerk soll den Schutz und Wiederaufbau von Biodiversität beleben

14

«Die Menschenrechte müssen beim Schutz der Biodiversität unbedingt geachtet werden»

Mariam Maye, Direktorin des «African Center for Biodiversity», im Interview

17

Ökologische Landwirtschaft: Mensch und Natur profitieren gleichermaßen

In Afrika soll die ökologische Landwirtschaft in die nationalen Produktionssysteme integriert werden

19

Mehr Vielfalt auf den Feldern

Ein internationales Gemeinschaftsprojekt will in Afrika und Asien mit traditionellen Nutzpflanzen Hunger und Mangelernährung bekämpfen

21

Facts & Figures

EINE WELT im Internet:

www.eine-welt.ch
www.un-seul-monde.ch
www.un-solo-mondo.ch
www.one-world-magazine.ch

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die Agentur der Internationalen Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), ist Herausgeberin von «Eine Welt». Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn; in ihr sollen auch andere Meinungen zu Wort kommen. Deshalb geben nicht alle Beiträge notwendigerweise den Standpunkt der DEZA und der Bundesbehörden wieder.

HORIZONTE MONGOLEI



22

Kampf für Gleichberechtigung und politische Teilhabe

Junge Mongolinnen und Mongolen wehren sich gegen die Missstände in ihrem Land und treten mit ihrem Engagement der herrschenden Klasse auf die Füsse

26

Aus dem Alltag von ...

Stefanie Burri, Chefin Internationale Zusammenarbeit und Konsulin in Ulaanbaatar

27

Von schwarzen Ziegen und Nischenprodukten

Dorligjav Tumurtogoo über ihren Werdegang von der Medizinphysikerin zur Käseproduzentin

DEZA



28

Humanitäre Hilfe und Entwicklung verbinden

Parallel zur humanitären Hilfe passt die DEZA ihre vor dem Krieg gestarteten Projekte in der Ukraine an

32

Wegbereiter für verantwortungsvolle Investitionen

Die Schweiz engagiert sich für das verantwortungsvolle Investieren in die Landwirtschaft und die Ernährungssicherheit

34

Engagierter Kampf gegen die fäkale Gefahr

In den Flüchtlingslagern von Cox's Bazar in Bangladesch ist die Entsorgung von Abwasser, Fäkalien und Urin eine riesige Herausforderung

FORUM



36

Religion und Entwicklung – (wie) geht das zusammen?

Religion kann ebenso Ursache von Konflikten sein als auch eine Chance für die Entwicklung eines Landes

39

Afrika und der neue Kalte Krieg

Carte blanche: Florent Couao-Zotti, Schriftsteller aus Benin, über die labile Beziehung zwischen den westlichen Mächten und Afrika

KULTUR



40

Maputos vibrierendes Kulturzentrum

In der Hauptstadt von Mosambik ist das Kulturzentrum 16Net0 ein wichtiger Begegnungsort für kreative Kommunikation

3 Editorial

4 Periskop

31 Position von Bundesrat Ignazio Cassis

42 Service

43 Fernsucht mit Giulia Dabalá

43 Impressum

AUF IDEEN MÜSSEN TATEN FOLGEN



© DEZA

Das Bewusstsein für die Biodiversität steigt stetig. Gemäss Studien zur Konsumentenwahrnehmung erachteten 2009 rund 29 Prozent und 2022 bereits 72 Prozent der Befragten das Thema für wichtig. Der Biodiversitätsverlust und das 1992 am Umweltgipfel von Rio verabschiedete Übereinkommen über die biologische Vielfalt standen lange im Schatten des Klimawandels und des diesbezüglichen Übereinkommens. Die globale Erwärmung kann jedoch nur auf 1.5°C begrenzt werden, wenn wir unverzüglich Massnahmen ergreifen, um die Natur zu schützen und wiederherzustellen. Das hat auch die jüngste Weltklimakonferenz in Ägypten gezeigt. Naturbasierte Lösungen sind zu einem Schlüsselkonzept der Entwicklung geworden.

Kambodscha, wo ich derzeit wohne, gehört zum Indo-Burma-Hotspot der Biodiversität. Das Land zählt zu den artenreichsten Staaten Südostasiens, obwohl in den letzten dreissig Jahren riesige Waldflächen gerodet wurden und die Jagd in Schutzgebieten sowie der illegale Handel mit Wildtieren nach wie vor ein Problem sind. Dies wurde der Öffentlichkeit im November 2022 bewusst, als Mitglieder eines internationalen Schmugglerrings verhaftet wurden, der mit Langschwanzmakaken, einer gefährdeten Art, gehandelt hatte.

Das Bevölkerungswachstum und die Ausdehnung und Intensivierung der Landwirtschaft drängen die Natur zurück, selbst Schutzgebiete stehen unter Druck. Der Verlust von Waldflächen und biologischer Vielfalt wirkt sich auch auf die menschliche Gesundheit aus. Durch die Nähe von Menschen zu Wildtieren und den Verzehr deren Fleisches entstehen Krankheiten wie Vogel- oder Schweinegrippe, Covid-19 und Ebola.

Viele Projekte der DEZA fördern die Biodiversität und die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen, auch wenn der Schutz der biologischen Vielfalt kein ausdrückliches Ziel des Engagements in Kambodscha und der Mekong-Region ist. Wir helfen Wald- und Fischereiwirtschaft betreibenden Gemeinschaften sowie Gemeinden in der Nähe von Schutzgebieten, ihre natürlichen Ressourcen vor externen Zugriffen zu schützen und nachhaltige Bewirtschaftungspläne zu erstellen und umzusetzen, so dass sie ihre Lebensgrundlagen ohne Biodiversitätsverlust sichern können. Denn nur wenn sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können, können sie auch ihre natürlichen Ressourcen schützen.

Kambodscha ist ein Reisexportland, hat aber zunehmend mit Überschwemmungen und Dürreperioden zu kämpfen. Daher gehen wir die Herausforderungen im Bereich des Wassermanagements an und fördern agrarökologische Grundsätze. Fruchtfolge, Zwischenfruchtbau, bodendeckende Kulturen und eingeschränkte Bodenbearbeitung sind Bestandteil einer regenerativen Landwirtschaft, an der die Regierung Kambodschas wachsendes Interesse zeigt. Solche Ansätze verbessern nicht nur die Vielfalt in den Betrieben, sondern erfordern auch weniger externe Betriebsmittel wie Kunstdünger und Pestizide. Das ist für Landwirtinnen und Landwirte aus wirtschaftlichen Gründen interessant.

Ich freue mich, dass die Biodiversität in der globalen Debatte zunehmend ein Thema ist. Jetzt müssen wir dafür sorgen, dass auf die Ideen auch Taten folgen, in der Schweiz, in Kambodscha und überall, wo wir tätig sind.

Markus Bürli

*Chef Internationale Zusammenarbeit in Phnom Penh,
Kambodscha*



© Bertrand Rieger/Hemle.fr/Inf

VON GABUN LERNEN FÜR DEN MEERESSCHUTZ

(sch) Gabun an der afrikanischen Atlantikküste gehört zu den wenigen Ländern, die das 2010 definierte globale Ziel erreicht haben, 10 Prozent der Küstengebiete unter Schutz zu stellen. Das Land erhöhte seinen Anteil geschützter Wassergebiete innerhalb weniger Jahre von einem auf 20 Prozent. In diesen Gebieten sind menschliche Aktivitäten zugunsten der Erhaltung natürlicher Habitate und kulturellem Reichtum verboten. Der Erfolg beruht gemäss einer Studie der englischen Universität Exeter auf der Tatsache, dass viele kleine Schutzprojekte in der nationalen Strategie «Gabon Bleu» vereint und früh konkrete Ziele für den Schutz von Meeresgebieten an die internationale Gemeinschaft kommuniziert wurden. Damit konnte das Land rasch Geldgeber für die Schutzprojekte mobilisieren. Das Ergebnis: 18 neue Gesetze und Regulierungen wurden verabschiedet, ein Plan für sechs verschiedene Fischereizonen erstellt und 20 Schutzzonen errichtet, die eine Fläche von 56 000 Quadratkilometern umfassen. Im Rahmen des neuen globalen Biodiversitäts-Rahmenwerks sollen weltweit 30 Prozent der Meeresflächen bis 2030 zugunsten der Artenvielfalt geschützt werden. Gabun könnte dabei für Staaten weltweit eine Inspiration sein.

RECHT ERHALTEN VIA APP

(zs) Nach drei Jahren treuer Dienste wird Diana Enríquez, Haushälterin einer wohlhabenden Familie in Mexiko-Stadt, plötzlich per SMS gekündigt – ohne dass sie die Kündigungsentschädigung und die ihr zustehende Jahresendprämie erhält. Sie wusste, dass ihre Arbeitgeberin damit gegen das Gesetz verstösst, weshalb die 50-Jährige sich die App «Dignas» (würdig) herunterlud, welche Informationen über die Rechte des Dienstpersonals und einen Rechner zum Abschätzen geschuldeter Löhne und Prämien zur Verfügung stellt. «Dignas hat mich geschützt. Ich habe meiner Chefin einen Screenshot mit der gesetzeskonformen Abrechnung geschickt und ihr mitgeteilt, dass ich sie vor Arbeitsgericht ziehe, wenn sie mir das Geld nicht überweist. Drei Tage später habe ich mein Geld erhalten», freut sich Diana Enríquez. Die 2018 entwickelte brasilianische App «Laudelina» hat zur

Lancierung ähnlicher Apps in Mexiko und in Kolumbien geführt. Mehr als neun Millionen Hausangestellte in drei Ländern können damit ihre Rechte geltend machen.

NEUE WEGE

(sch) Die Ferme «Les quatre chemins» in der Nähe der senegalesischen Hauptstadt Dakar ist ein Motor für die Transformation der Landwirtschaft Afrikas in Richtung Nachhaltigkeit. Die dort gelehrte Agrarökologie setzt vor allem auf Unabhängigkeit und Diversität: Auf der Farm werden auf drei Hektaren Land 25 verschiedene Sorten Gemüse, Nüsse und Getreide produziert, darunter Bohnen, Erdnüsse, Reis, Zwiebeln, Tomaten, Soja und Blumenkohl. Weiter werden 50 verschiedene Sorten Bäume, unter anderem Granatapfel, Grapefruit, verschiedene Zitronenarten, Orangen, Tamarinde, Avocados, Bananen und Mangos kultiviert. Monatlich findet auf dem Hof der Biomarkt «Bio Dialaw» statt, für den Menschen aus ganz Senegal anreisen. Ein Hektar Land wird von vier Gruppen bestehend aus jeweils 20 Frauen aus dem Dorf verwaltet. Diese wurden zuvor in Agrarökologie ausgebildet und nutzen das Land nun, um ihre Familien zu ernähren und mit Überschüssen ein kleines Einkommen zu erwirtschaften. Im Rahmen einer Initiative der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) sollen auf der Farm bald Agronominen und Bauern aus ganz Afrika ausgebildet werden.

MAGISCHE BOHNE

(zs) Immer mehr afrikanische Agrofachleute und Länder interessieren sich für die vorteilhaften Eigenschaften der Schwarzaugenbohne, welche auf dem Kontinent seit Jahrtausenden gegessen wird. Trotz ihres Nährwerts und ihrer Anpassungsfähigkeit macht ihr Anbau kaum drei Prozent der landwirtschaftlichen Produktion Afrikas aus. Dabei könnten frühreifende Sorten eine wichtige Rolle spielen, sobald wegen steigender Getreidepreise die Mais-, Hirse-



© Edwin Remsberg/VMPics/Redux/Inf

und Weizenvorräte zur Neige gehen. Überdies vermag die Pflanze Stickstoff aus der Luft im Boden zu binden, was in semiariden Zonen von grossem Vorteil ist. Als Protein- und Mikronährstoffquelle ist die Augenbohne erschwinglicher als Fleisch. Aus ihrem Mehl oder Griess lassen sich insbesondere Brot, Krapfen und Brei zubereiten. In Westafrika animieren Bauernverbände die Bäuerinnen und Bauern mehr davon zu produzieren. Die Hülsenfrucht hat angesichts der globalen Erwärmung ein grosses Potenzial.

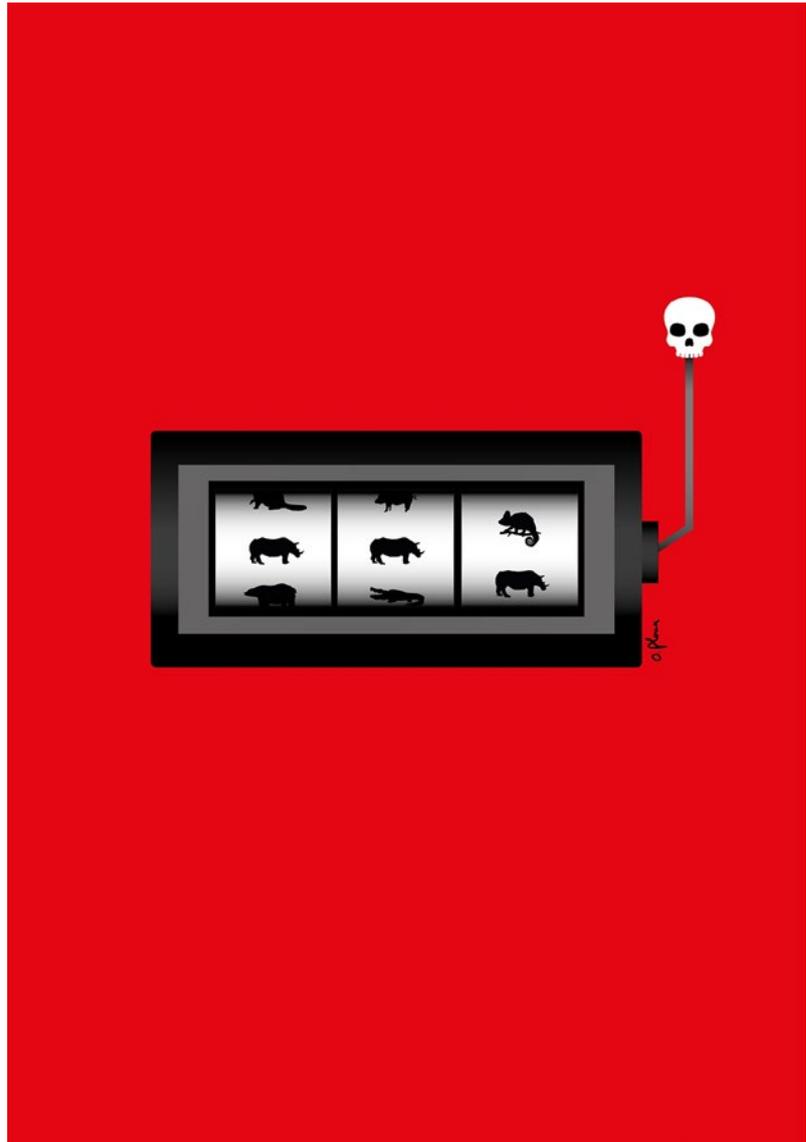
MIT AGRARÖKOLOGIE GEGEN DEN HUNGER

(sam) Die Schweizer Allianz Sufosec hat einen Bericht zur Ernährungslage in 16 Ländern des Globalen Südens publiziert. Dafür haben die Allianzpartner (Aqua Alimentaria, Fastenaktion, Skat Foundation, Swissaid, Vétérinaires Sans Frontières Suisse und Vivamos Mejor) zwischen 2020 und 2022 rund 14000 Haushalte in Asien, Afrika und Lateinamerika befragt. Das Ergebnis: Einer von vier Haushalten war von Hunger betroffen und zwei von drei Haushalten hatten nur eingeschränkten Zugang zu Nahrung. Aus dem Bericht geht ebenfalls hervor, dass der Hunger immer weiblicher wird: Werden die Lebensmittel knapp, sind es die Frauen, die als erste auf Nahrung verzichten. Mangelernährung ist bei Frauen rund zehn Prozent höher als bei Männern. Doch auch Lösungsansätze werden an konkreten Beispielen erläutert: Dazu gehören die Stärkung lokaler Ernährungssysteme und agrarökologische Anbaumethoden. Besonders der Einsatz von organischem Dünger, effizienten Bewässerungen oder Bodenschutzmethoden würden den Hunger verringern.
Mehr Informationen: www.sufosec.ch

ZURÜCK AN DEN ABSENDER

(zs) Während Altkleider aus dem Westen Afrika überschwemmen, verwandelt sie der ugandische Modeschöpfer Bobby Kodale in etwas Neues, um sie an den Absender zurückzuschicken. Mit seinem Modelabel Buzigahill, benannt nach einem Hügel in Kampala, der Hauptstadt Ugandas, sammelt der junge Designer Secondhand-Kleidung aus dem Norden, entwirft sie neu, schneidert sie zusammen und verkauft sie für gutes Geld zurück in den Norden. Ein Kapuzenpulli kostet 400 Euro, eine Jeans 375 Euro und ein T-Shirt über 200 Euro. Die Teile vereinen unterschiedliche

FERNSICHT mit Olivier Ploux (Frankreich)



Motive und Gewebe und sind immer Einzelstücke. Das auch als «Upcycling» bezeichnete Vorgehen schafft aus Recyclingmaterial Produkte, die höherwertig sind als die zugrunde liegenden Rohstoffe. Weil seine Kollektion nur etwas für Gutbetuchte ist, zieht der Modeschöpfer nun eine zweite, erschwinglichere für den ugandischen Markt auf.





Der tropische Regenwald des Amazonasbeckens im Osten Ecuadors ist einer der artenreichsten Orte der Erde.

© Barbara Dombrowski/afp

DOSSIER BIODIVERSITÄT

OHNE BIOLOGISCHE VIELFALT KEINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG SEITE 8

**«DIE MENSCHENRECHTE MÜSSEN BEIM SCHUTZ DER
BIODIVERSITÄT UNBEDINGT GEACHTET WERDEN» SEITE 14**

ÖKOLOGISCHE LANDWIRTSCHAFT: MENSCH UND NATUR

PROFITIEREN GLEICHERMASSEN SEITE 17

MEHR VIELFALT AUF DEN FELDERN SEITE 19

FACTS & FIGURES SEITE 21

OHNE BIOLOGISCHE VIELFALT KEINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Die Vielfalt an Arten und Ökosystemen auf unserem Planeten geht rapide zurück. Seit über 30 Jahren versuchen Staaten die fortschreitende Umweltzerstörung durch multilaterale Zusammenarbeit zu stoppen.

Bislang jedoch mit wenig Erfolg. Ein neues globales Rahmenwerk mit konkreten Zielen und Indikatoren soll den Schutz und Wiederaufbau von Biodiversität neu beleben. Das wäre auch für die Agenda 2030 und die Erreichung der 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung zentral.

Text: Samuel Schlaefli

Die «Rote Liste der gefährdeten Arten» der Internationalen Union zur Bewahrung der Natur (IUCN) ist ein kritischer Massstab für den Stand der globalen Biodiversität – und um diese steht es schlecht. Die IUCN hat 147 500 Tier-, Pilz- und Pflanzenarten erfasst, wovon aktuell mehr als 41 000 vom Aussterben bedroht sind.

«Dass bestimmte Arten verschwinden, ist normal», sagt Bruno Oberle, Generaldirektor der IUCN. «Unser Planet ist kein Museum, sondern in stetigem Wandel begriffen. Aber aktuell schreitet dieses Verschwinden 100- bis 1000-mal schneller voran als in den vergangenen hundert Jahren.» Das führe dazu, dass ganze Ökosysteme kollabierten, wie zum Beispiel die fehlende Befruchtung von Obstbäumen in Neuseeland wegen des Bienensterbens oder die Wüstenbildung in Teilen Afrikas und Chinas. Oberle vergleicht die Ökosysteme mit dem Internet: «Einzelne Verbindungen können abrechen, ohne dass das System versagt. Doch ab einem gewissen Punkt liegt das gesamte System flach.»

Wo genau diese Kippunkte liegen, an welchen negative Rückkopplungen ein-

setzen, welche die Zerstörung unkontrollierbar beschleunigen, wisse man noch viel weniger als bei der Klimakrise. «Der drastische Rückgang an Biodiversität ist wahrscheinlich ein noch grösseres Risiko für die Menschheit als das Klima», sagt Oberle. «Nur merken die meisten von uns das derzeit noch nicht unmittelbar.» Die Prognosen sind jedoch alarmierend: Der UN-Weltbiodiversitätsrat (IPBES) hat in einem Bericht von 2019 festgehalten, dass bis zu einer Million Tier- und Pflanzenarten vom Aussterben bedroht sind und viele schon in den nächsten Jahrzehnten für immer verloren sein könnten.

Zerstörte Ökosysteme führen zu Armut

Die Gründe für das aktuelle Massensterben sind offensichtlich: Die Zerstörung von Biodiversität hat meist keinen Preis. Wir verbrauchen deshalb weltweit so viel Ressourcen, dass dafür eineinhalb Planeten nötig wären. Würden alle so viel konsumieren wie in der Schweiz, bräuchte es sogar drei Planeten. Ähnlich wie beim Klima sind auch die Folgen der Biodiversitätskrise un-

gleich verteilt. Arme Haushalte, Kleinbäuerinnen und indigene Gruppen im Globalen Süden sind am stärksten davon betroffen – obschon sie am wenigsten Ressourcen verbrauchen.

Entwicklungsexpertinnen und -experten sind sich deshalb weitgehend einig: Ohne wirkungsvollen Schutz der Biodiversität sind die 17 Ziele einer nachhaltigen Entwicklung im Rahmen der Agenda 2030 nicht erreichbar. Die meisten hängen direkt von einer gesunden Umwelt ab; zerstörte Ökosysteme hingegen führen zu Armut und Ungleichheit.

Auf UN-Ebene ist die Sorge um den Rückgang der Biodiversität nicht neu. Am grossen Gipfel für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro von 1992 wurde nicht nur ein Rahmenwerk für die Klimafrage (UNFCCC) aus der Taufe gehoben, sondern auch eine Biodiversitätskonvention, die «Convention on Biological Diversity» (CBD). Es ist das wichtigste multilaterale Vertragswerk für den Schutz der Biodiversität.

Bis heute sind der Konvention 196 Vertragsstaaten beigetreten, darunter

auch die Schweiz. Die USA haben die Konvention zwar unterschrieben, aber nie ratifiziert; sie sind lediglich als Beobachter dabei. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die biologische Vielfalt in ihren Ländern zu schützen, den Zugang zu genetischen Ressourcen und deren Nutzung gerecht zu regeln und Massnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung der Biodiversität zu ergreifen.

Globale Zielsetzung mit beschränkter Wirkung

Im April 2002 wurde das Ziel formuliert, die Rate des Verlustes an biologischer

Vielfalt bis 2010 signifikant zu reduzieren. Weil es wirkungslos blieb, wurde im Oktober 2010 in Nagoya ein globaler strategischer Plan für die Biodiversität 2011 bis 2020 beschlossen. Zentraler Teil dieses Rahmenwerks waren die 20 «Aichi Biodiversity Targets». Die Ziele umfassten den Waldschutz, die Eindämmung des Ressourcenverbrauchs und neue Naturschutzgebiete. Schädliche Subventionen sollten runtergefahren und die Biodiversitätsziele in nationale und lokale Entwicklungs- und Armutsreduktionsmassnahmen integriert werden. In der Schweiz verabschiedete der Bundesrat deshalb 2012 eine erste nationale Biodiversitätsstrategie, die 2017 in einem Aktionsplan mit Massnahmen konkretisiert wurde.

Im «Global Biodiversity Outlook» von 2020 wurden die Erfolge in Hinblick auf die Aichi-Ziele analysiert. Die Bilanz ist ernüchternd: Auf globaler Ebene wurde keines der 20 Ziele vollständig und nur sechs teilweise erreicht. Zudem bildeten nur 23 Prozent der nationalen Ziele die Aichi-Ziele in Bezug auf Ambition und Umfang ab. An der 15. Vertrags-

staatenkonferenz (COP) in Montreal im Dezember 2022 wurde deshalb über ein neues globales Biodiversitäts-Rahmenwerk verhandelt (siehe Kasten S. 10). Das übergeordnete Ziel besteht darin, den Verlust an Biodiversität bis 2030 zu stoppen und bis 2050 ein «Leben in Harmonie mit der Natur» zu sichern.

Auch für die Schweiz eine Herausforderung

«Die Aichi-Ziele waren gut, haben aber die gewünschte Wirkung wegen der mangelhaften Umsetzung nicht erreicht», sagt Niklaus Wagner, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Sektion Rio-Konventionen beim Bundesamt für Umwelt (BAFU). «Es braucht für die neuen Ziele einheitliche Indikatoren zur Wirkungsmessung und eine verbesserte Berichterstattung und Überprüfung der Umsetzung.» Neue Biodiversitätsziele seien insbesondere in Kombination mit griffigen Indikatoren wirkungsvoll, weshalb die beiden Elemente gemeinsam verhandelt werden müssten.

Schwelender Wald und Torfland neben einer Palmölplantage in Kamipang, Indonesien, September 2019: Studien belegen, dass die Zerstörung der Wälder in fragmentierte Flächen die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass Viren und andere Krankheitserreger von Wildtieren auf den Menschen überspringen.

© Ulet Ifansasti/NYT/Redux/laif



Ein wichtiger Eckpunkt des neuen Rahmenwerks mit einer messbaren Zielvorgabe ist für Wagner das «30 by 30»-Ziel. Danach soll weltweit 30 Prozent der globalen Land- und Meeresflächen bis 2030 für die Biodiversität gesichert werden, u.a. durch die Ausscheidung von Schutzgebieten, durch die Revitalisierung von Flüssen und das Offenhalten von Wanderkorridoren, die der Vernetzung von Lebensräumen von Wildtieren dienen.

Steiniger Weg zur biodiversen Landwirtschaft

Der Aufbau dieser ökologischen Infrastruktur ist auch für die Schweiz eine Herausforderung. Aktuell liegt der Anteil an Biodiversitätsschutzgebieten bei 13.4 Prozent. Zielkonflikte sind vorprogrammiert, denn wo grosse Flächen geschützt werden, kann keine intensive Landwirtschaft mehr betrieben werden. Manche Staaten argumentieren, dass dies der Ernährungssicherheit zuwiderläuft. Zivilgesellschaftliche Organisationen wiederum kritisieren, dass ein solches Ziel zulasten indigener Gruppen gehen könnte, die in den Gebieten leben, die für die Erreichung des «30 by 30»-Ziels geschaffen werden sollen.

Die Landwirtschaft und das globale Ernährungssystem spielen für den Schutz der Biodiversität eine Schlüsselrolle. 70 Prozent des Biodiversitätsverlusts haben eine direkte Verbindung zu unserer Nahrungsmittelproduktion. 33 Prozent der weltweiten oberen Bodenschichten sind heute degradiert, was vor allem der Grünen Revolution und einer Landwirtschaft geschuldet ist, die auf exzessiven Gebrauch von Düngemitteln und Pestiziden beruht. 80 Prozent der globalen Waldrodung findet zugunsten von landwirtschaftlichem Nutzen statt.

Mehrere Aichi-Ziele betrafen deshalb explizit die Transformation der Landwirtschaft. Doch diese lässt bis heute auf sich warten. «Weiterhin kursieren Ideen, landwirtschaftliche Nutzungen auf gewissen Flächen zu intensivieren, um andere «stillzulegen» und zu schützen. Das halten wir für wenig nachhaltig und unsozial», sagt Simon Degelo, der das Dossier Saatgut und Biodiversität bei der Schweizer NGO Swissaid betreut. «Vielmehr sollte die Biodiversität innerhalb der Landwirtschaft erhalten und gefördert werden.»

Swissaid setzt deshalb bei Entwicklungsprojekten auf agrarökologische Praktiken. «Monokulturen, oft basierend auf hybriden Getreidesorten, die



DURCHBRUCH AN BIODIVERSITÄTS-KONFERENZ COP15

Das Abschlussdokument der Biodiversitätskonferenz, die vom 7. bis 19.12.2022 in Montreal abgehalten wurde, ist von Politik, Zivilgesellschaft und Umweltschutzverbänden als wichtiger Durchbruch bewertet worden. Im Abkommen haben sich 196 Vertragsstaaten der «Convention on Biological Diversity» (CBD) auf ein neues Rahmenwerk mit 23 Zielen geeinigt. Darunter 30 Prozent der Land- und Meeresflächen bis 2030 für die Biodiversität zu erhalten. Die Wahrung der Rechte von indigenen Grup-

pen wird mehrfach erwähnt und deren zentrale Rolle für den Schutz der Artenvielfalt betont. Das Übereinkommen sieht zudem vor, dass umweltschädliche Subventionen, vor allem in der Landwirtschaft, aufgehoben werden. Grosse, transnationale Unternehmen sollen künftig eigene Auswirkungen auf die Biodiversität und Geschäftsrisiken aufgrund des Biodiversitätsverlusts rapportieren. Für die kommerzielle Nutzung von digitalen Sequenzinformationen genetischer Ressourcen (DSI) soll

ein Fonds geschaffen werden, über welchen Staaten mit grosser Artenvielfalt, vor allem im Globalen Süden, entschädigt werden. Es gab jedoch auch Kritik: Die Delegation der Demokratischen Republik Kongo, einer der artenreichsten Staaten der Welt, warf der chinesischen Konferenzleitung vor, dass das Abkommen trotz Einwänden durchgepeitscht wurde und ohne ihre Zustimmung zustande gekommen sei.



viel Dünger und andere chemische Inputs benötigen, sind nicht nur ein ökologisches Risiko, sondern auch ein wirtschaftliches», sagt Degelo. Ein einziger Schädling könne bei Monokulturen die ganze Ernte zerstören. «Diversität in der Landwirtschaft stärkt die Resilienz – auch gegenüber Klimaschocks.»

Entwicklungszusammenarbeit und Biodiversitätsziele

Das zeigt sich exemplarisch in einem Projekt in Boyaca, im Nordosten Kolumbiens, das durch die DEZA und die «Global Environment Facility» (GEF), einem globalen Fonds für den Naturschutz, unterstützt wird. Dort ging die land-

wirtschaftliche Produktion in den letzten Jahren drastisch zurück, weil durch einen intensiven Anbau von Kartoffeln die Bodenfruchtbarkeit zurückging und immer mehr Dünger und Pestizide eingesetzt wurden. In der Folge suchten die Menschen ein Einkommen in den Kohleminen, die im Naturschutzgebiet illegal errichtet wurden.

Swissaid half den Bäuerinnen und Bauern in sechs Gemeinden alte Pflanzensorten anzubauen und die Biodiversität in der Region durch nachhaltige Weidewirtschaft zu schützen. Anstelle von Kartoffelmonokulturen werden heute auch Mais, Weizen, Quinoa, Bohnen, Erbsen, Linsen und Kohl angepflanzt. Dadurch wird nicht nur die Vielfalt auf

Der Anbau von Bohnen statt Kartoffelmonokulturen fördert die biologische Vielfalt, eine gesunde Ernährung und die Unabhängigkeit von Importen: Aisha Sow, Mitarbeiterin einer Landwirtschaftsgenossenschaft, prüft die Qualität der Bohnenernte einer Bäuerin im Senegal.

© Jason Florio/Redux/laif

dem Acker gefördert, sondern auch eine gesunde Ernährung und die Unabhängigkeit von Importen. Für Degelo ist dies ein gutes Beispiel, wie Entwicklungszusammenarbeit konkret zur Erreichung der Biodiversitätsziele beitragen kann.

Das Projekt unterstützt zudem den Aufbau von bäuerlichen Saatgutbanken und Saatgutnetzwerken im Globalen Süden. «Denn für eine vielfältige Landwirtschaft ist auch vielfältiges Saatgut notwendig», sagt Degelo. «Bäuerinnen und Bauern müssen eine Wahl haben, doch in vielen Ländern besteht diese heute nicht mehr.» Mit Patenten würden Saatgutkonzerne zunehmend genetische Ressourcen privatisieren, insbesondere, wenn die Patente auch konventionell gezüchtete Sorten betreffen.

Besonders Länder des Globalen Südens würden dem Druck der Industrieländer und der Saatgutindustrie oft nachgeben und führten strenge Saatgutgesetze ein, welche das traditionelle bäuerliche Saatgut vom Markt verdrängen, so Degelo. Bei den Verhandlungen für

ein neues Biodiversitäts-Rahmenwerk müsse deshalb auch das Recht der Bäuerinnen und Bauern geschützt werden, frei über ihr Saatgut zu verfügen.

Ungleicher Profit aus genetischen Ressourcen

Ein weiteres umstrittenes Thema ist das «Access and Benefit-Sharing» (ABS), also eine gerechte Aufteilung der Vorteile aus der Nutzung von genetischen Ressourcen – zum Beispiel einer Heilpflanze für die Entwicklung von Medikamenten. Das Nagoya-Protokoll, das Teil des CBD-Mechanismus ist, sieht vor, dass Unternehmen, Forschungsinstitutionen und Staaten bilateral eine gerechte Abgeltung aushandeln. In der Praxis gestaltet sich das jedoch schwierig und laut Degelo fließen bis

heute praktisch keine Gelder zu den Herkunftsländern von genetischen Ressourcen.

Entwicklungsländer fürchten zudem, dass sich durch die Digitalisierung der ungleiche Profit aus genetischen Ressourcen in Zukunft noch verstärken könnte. Denn heute reicht oft bereits die digitale Sequenz des Erbgutes einer Pflanze in einer Datenbank, damit die Eigenschaften erforscht und kommerzialisiert werden können. Inwiefern die Regeln des Nagoya-Protokolls für die Nutzung physischer genetischer Ressourcen auch auf digitale Sequenzinformationen ausgeweitet werden können, darüber gehen die Ansichten der Staaten weit auseinander.

Für die Schweiz sei es wichtig, den Zugang zu diesen Informationen für die





Eine kolumbianische Kleinbauernfamilie präsentiert ihre vielfältige Ernte (links). Eine nachhaltige Weidehaltung wie hier am Umzimvubu River in Südafrika schützt die Biodiversität (oben).

© Swissaid Columbia
© Obie Oberholzer/laif

Forschung und zukünftige Innovationen nicht zu erschweren, sagt Niklaus Wagner vom BAFU. «Im Rahmen der Verhandlungen sucht die Schweiz aktiv praktikable Lösungsansätze, die auch den Bedürfnissen der Entwicklungsländer Rechnung tragen.»

Billionen für den Biodiversitätsschutz

Eine bis heute weitgehend unbeantwortete Frage in den internationalen Verhandlungen ist die Finanzierung. Wie stark sind einzelne Staaten für die Biodiversitätskrise verantwortlich und in welchem Ausmass beteiligen sie sich an der Finanzierung der Schutzmassnahmen? Das Umweltprogramm der UN (UNEP) hat 2021 berechnet, dass bis

2050 Investitionen von 8100 Milliarden US-Dollar notwendig sind, um die ineinander verschränkten Krisen des Klimas, der Biodiversität und des Landverlustes wirksam zu bekämpfen.

«Das tönt nach sehr viel», sagt IUCN-Generaldirektor Bruno Oberle, «sind aber nur einige Prozent des globalen Brutto sozialprodukts.» Zudem würde ein «Business as usual», bei dem die Zerstörung der Biodiversität im heutigen Mass fortschreitet, die Menschheit noch viel teurer zu stehen kommen. Denn rund die Hälfte des wirtschaftlichen Brutto sozialprodukts ist direkt abhängig von einer gesunden Biodiversität. So ist zum Beispiel die Nahrungsmittelproduktion auf Bestäuber wie Bienen angewiesen. Fallen sie weg, gibt es auch keine Ernten und Erträge mehr.

An den jährlich rund 700 Milliarden US-Dollar, die allein für den Biodiversitätsschutz notwendig sind, müssen sich laut Oberle alle beteiligen: die Staaten, die Wirtschaft, Entwicklungsagenturen und Stiftungen. Die «Global Environment Facility» (GEF), die von der Welt-

bank für Umweltprojekte in Entwicklungsstaaten eingerichtet wurde und deren Aufstockung eine wichtige Forderung von Ländern des Globalen Südens ist, werde zwar Teil davon sein, aber bei weitem nicht ausreichen.

Den grössten Hebel erkennt Oberle bei den öffentlichen Haushalten: «Derzeit werden jährlich 600 bis 700 Milliarden US-Dollar Subventionen für Biodiversitätsschädigende Praktiken bezahlt.» Damit werden chemischer Dünger finanziert oder die Fleischproduktion unterstützt. «Wenn diese Gelder in regenerative Praktiken zum Aufbau von Biodiversität fliessen würden, dann könnten wir die globalen Biodiversitätsziele erreichen – trotz der enormen Herausforderungen», ist Oberle überzeugt. ■

«DIE MENSCHENRECHTE MÜSSEN BEIM SCHUTZ DER BIODIVERSITÄT GEACHTET WERDEN»

Der afrikanische Kontinent ist reich an Tieren, Pflanzen und einzigartigen Ökosystemen. Für die Erhaltung der globalen Biodiversität spielt er eine Schlüsselrolle. Mariam Mayet, Direktorin des «African Center for Biodiversity» (ACB), warnt jedoch davor, dass Indigene und Kleinbäuerinnen zugunsten des Naturschutzes von ihrem Land vertrieben werden. Sie fordert eine grundsätzliche Systemkritik.

Interview: Samuel Schlaefli

Frau Mayet, inwiefern sind die Länder Afrikas besonders auf den Schutz ihrer Biodiversität angewiesen?

Auf unserem Kontinent gibt es noch immer eine Fülle von intakten Ökosystemen und Landschaften; zum Beispiel Feuchtgebiete mit einem unglaublichen Reichtum an Vögeln. Aber wir beobachten einen rapiden Rückgang dieser Biodiversität, was vor allem mit einem neokolonialen Entwicklungsmodell und den globalen Kapitalflüssen zusammenhängt. Viele afrikanische Ökonomien sind exportorientiert und basieren auf der Ausbeutung von natürlichen Ressourcen wie Öl, Erdgas, Kohle und Edelmetallen. Zugunsten der Industrialisierung und Entwicklung sollen diese natürlichen Ressourcen genutzt werden. So sieht es auch die «Agenda 2063» der Afrikanischen Union vor, eine Art Masterplan für die Zukunft des Kontinents. Verstehen Sie mich nicht falsch, auch wir wollen, dass sich Afrika entwickelt, aber indem die Biodiversität des Kontinents nachhaltig genutzt wird und die Gewinne in erster Linie den Menschen vor Ort zugutekommen.

Sie kritisierten die multilateralen Verhandlungen für ein neues globales Biodiversitätsabkommen in der Vergangenheit immer wieder scharf. Was ist ihre grösste Sorge?

Wir haben die planetaren Grenzen längst überschritten und stehen kurz vor einem ökologischen Kollaps. Doch wir sehen keine Anzeichen dafür, dass das neue Rahmenwerk dieser Dringlichkeit gerecht würde. Ich habe an zahlreichen Treffen teilgenommen,

zuletzt im März 2022 als Beobachterin bei den Verhandlungen in Genf. Mir schien, dass die einzelnen Staaten vor allem gekommen waren, um ihre nationalen Interessen und diejenigen ihrer Industrien zu verhandeln und nicht ein starkes globales Rahmenwerk für den Planeten und die Menschheit. Wir müssen Regierungen in die Verantwortung ziehen, um unsere Existenz zu sichern und allen Menschen ein sinnvolles Leben zu ermöglichen. Das braucht Fantasie und eine Wirtschaft, die nicht

«DIE WICHTIGE ROLLE VON KLEINBAUERN UND KLEINBÄUERINNEN BEI DER WELTERNÄHRUNG WIRD VIEL ZU WENIG BERÜCKSICHTIGT.»

mehr auf Wachstumssteigerung ausgerichtet ist. Anstatt die zentralen Treiber anzugehen, versuchen die Staaten aber wiederum marktbasiertere Lösungen für die Krise zu finden, zum Beispiel durch «Biodiversity Offsets», mit welchen Biodiversitätsverluste kompensiert werden sollen. Dass Offsets nicht funktionieren, hat sich beim Klimaschutz gezeigt.

Ein zentrales Ziel des neuen Rahmenabkommens ist, 30 Prozent der Land- und Meeresfläche unter Schutz zu stellen, auch in Afrika. Sind Sie damit nicht zufrieden?

Wir sehen dabei die Gefahr, dass Regierungen nun denken: Lasst uns die 30 Prozent schützen, damit wir gleich-

zeitig den Rest weiterhin ausbeuten können wie gewohnt. Zudem könnten die 30 Prozent unter die Kontrolle von grossen Naturschutzorganisationen gelangen, die eigene Schutzgebiete initiieren und die teils Verbindungen zur Agrar- und fossilen Energieindustrie pflegen. Wir befürchten, dass lokale Gemeinschaften im Rahmen dieses Ziels vertrieben und an der Befriedigung ihrer elementaren Bedürfnisse gehindert werden könnten. Die Menschenrechte müssen beim Schutz der Biodiversität unbedingt geachtet werden. Das heisst, dass es nur mit Zustimmung der lokalen und indigenen Bevölkerungen zulässig ist, ein bestimmtes Gebiet unter Schutz zu stellen.

Sie kritisieren in diesem Zusammenhang die Tendenz zur «Fortress Conservation». Können Sie diese Kritik ein wenig erläutern?

Ein gutes Beispiel dafür ist die «Ngorongoro Conservation Area» in Tansania, ein Naturschutzgebiet, das an die Serengeti grenzt. Die Massai werden dort von der Regierung systematisch aus ihrem angestammten Lebensraum vertrieben. Sie haben den Fall vor den Ostafrikanischen Gerichtshof gebracht, um ihre Rechte zu verteidigen, aber die Richter sind der Argumentation der Regierung gefolgt. Wir beobachten vielerorts ähnliche Entwicklungen. Natur wird eingezäunt, gleichzeitig wird ein nicht nachhaltiger Tourismus gefördert und die Biodiversität kommerzialisiert. Dieses Erhaltungsmodell (Fortress conservation) hat in Afrika koloniale Wurzeln und eine lange Geschichte.



© zVg

Eine weitere Kritik von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie dem ACB lautet, dass Grossunternehmen versucht haben, das Rahmenwerk nach ihren eigenen Interessen umzuschreiben. Wo genau erkennen Sie solche Tendenzen? Ein Anzeichen dafür war der Pakt zwischen «Crop Life», einem Verband, der alle grossen Agrochemieunternehmen vertritt, und der Welternährungsorganisation (FAO), im Rahmen des «Food Systems Summit» von 2021. Auch werden Sekretariate von multilateralen Organisationen mit Leuten besetzt, die der Industrie nahestehen. Und wir beobachten ganz allgemein eine Kaperung des Biodiversitätsdiskurses. Zentrale Treiber der Umweltzerstörung werden bewusst verschleiert, obschon diese durch den UN-Weltbiodiversitätsrat längst wissenschaftlich belegt sind. Zum Beispiel der grossflächige Einsatz von hochtoxischen Pestiziden in der Landwirtschaft oder der exzessive Gebrauch von synthetischen Dünge-

mitteln. Deshalb müssen wir die landwirtschaftliche Produktion und das Ernährungssystem schnellstmöglich transformieren.

**«NATUR WIRD EINGEZÄUNT,
GLEICHZEITIG WIRD
EIN NICHT NACHHALTIGER
TOURISMUS GEFÖRDERT UND
DIE BIODIVERSITÄT
KOMMERZIALISIERT.»**

Was wären konkrete Lösungsansätze, die in einem internationalen Rahmenabkommen verankert werden könnten?

Zum Beispiel die Transformation hin zu einem Ernährungssystem, das auf Agrarökologie basiert, mit hoher Diversität, natürlichen Inputs und langfristiger Erhaltung der Bodenqualität. Solche Systeme bringen soziale, ökologische

MARIAM MAYET ist Gründerin und Direktorin des «African Center for Biodiversity» (ACB) in Johannesburg. Die 2003 gegründete Organisation setzt sich für die Erhaltung von Biodiversität sowie für Ernährungssicherheit und -unabhängigkeit auf dem afrikanischen Kontinent ein. ACB ist Teil der «African CSOs Biodiversity Alliance» (ACBA), eine Vereinigung von über 80 zivilgesellschaftlichen Organisationen in Afrika, die sich für ein starkes und gerechtes Abkommen im Rahmen der Biodiversitätskonvention (CBD) einsetzen, unter anderem mittels Informationsveranstaltungen, Positionspapieren und Lobbying bei afrikanischen Regierungen. www.acbio.org.za
www.africancba.org



In der Ngorongoro Conservation Area in Tansania werden die Massai von der Regierung systematisch aus ihrem angestammten Lebensraum vertrieben.

© Hans-Juergen Burkard/laif

und ökonomische Vorteile für die Gesellschaft. Wir fordern nicht, dass eine solche Transformation über Nacht geschieht, aber man könnte wenigstens einige Bausteine dafür einbauen. Auch in Hinblick auf Klimaschutz und -adaption sowie zur Stärkung der Resilienz von vulnerablen Gruppen wäre die Agrarökologie eine äusserst effektive Strategie. Dafür müssen jedoch die Machtverhältnisse verschoben werden – weg von wenigen Grosskonzernen, hin zu vielen lokalen, dezentralisierten Akteuren.

Wurden solche Forderungen in den Verhandlungen zu einem neuen Biodiversitäts-Rahmenwerk aufgegriffen?

Nein, wir beobachten eher ein «Business as usual» und die Fokussierung auf falsche Lösungsansätze. Zum Beispiel auf «Genome editing», gentechnische Verfahren, um vermeintlich besseres Saatgut von Pflanzen herzustellen, die besser mit dem Klimawandel zurechtkommen sollen. Forderungen nach mehr Biotechnologie werden besonders von Saatgut- und Agrochemiekonzernen stark vorangetrieben und grosse

Getreideexporteure wie Brasilien, Argentinien, die USA und Kanada unterstützen diesen Ansatz. Dagegen wird die wichtige Rolle von Kleinbauern und -bäuerinnen bei der Welternährung viel zu wenig berücksichtigt.

Das neue Biodiversitätsabkommen wurde durch die politischen Vertreter und Vertreterinnen von 196 Staaten ausgehandelt. Gab es darunter auch solche, die Ihre Forderungen aktiv unterstützten?

Leider haben wir auch von afrikanischen Staaten wenig Unterstützung erhalten. Bolivien war eines der wenigen Länder, das mit einem fortschrittlichen Vorstoss in der Vorbereitung des Rahmenabkommens auf sich aufmerksam gemacht hat. Es forderte, dass die Rechte der Natur anerkannt und in internationalem Umweltrecht festgeschrieben werden und dass die Verhandlungen weniger den Menschen ins Zentrum stellt. Es vertrat damit die Perspektive von indigenen Gruppen, die oft noch ein viel stärkeres Bewusstsein für die Verbundenheit von sämtlichem Leben auf Erden haben. Wir könnten für den Schutz der Biodiversität viel von ihnen lernen. ■

Durch den UN-Weltbiodiversitätsrat längst wissenschaftlich bewiesen: Der grossflächige Einsatz von hochtoxischen Pestiziden – hier auf einer Rosenfarm in Kenia – ist einer der zentralen Treiber der Umweltzerstörung.

© Hans-Juergen Burkard/laif



ÖKOLOGISCHE LANDWIRTSCHAFT: MENSCH UND NATUR PROFITIEREN GLEICHERMASSEN

Eine Initiative will bis 2025 die ökologische Landwirtschaft in Afrika in die nationalen Produktionssysteme integrieren. Das stärkt Landwirte und schützt die Biodiversität.

Text: Samanta Siegfried

Workie Shumye ist eine Kleinbäuerin in Madegudina, einem Dorf in Äthiopien, rund 40 Kilometer von der Hauptstadt Addis Abeba entfernt. Auf weniger als einem halben Hektar baut sie in ihrem Hausgarten ökologisches Gemüse, Kräuter und Getreidepflanzen an. Um das Grundstück wächst Elefantengras, das als Nahrung für ihre Hühner und Kühe dient. Den Grossteil der Ernte braucht sie, um ihre Familie zu ernähren, den Rest verkauft sie auf dem Markt. «Gesundes Essen für meine Familie hat für mich oberste Priorität, die Markteinnahmen sind ein willkommener Zusatz», sagte sie in einem Artikel der äthiopischen Zeitschrift MIZAN.

Shumye ist eine Teilnehmerin der Ecological Organic Agricultural-Initiative (EOA-Initiative), ein Projekt der NGO Biovision Africa Trust, die das Ziel verfolgt, die ökologische Landwirtschaft in Afrika zu verbreiten und die Ernährungssicherheit zu verbessern.

Die Initiative ging aus dem Entscheid der Afrikanischen Union im Jahr 2011 hervor, die ökologische Landwirtschaft in Afrika bis 2025 in die nationalen landwirtschaftlichen Produktionssysteme zu integrieren. Aktuell wird sie in den neun Ländern Benin, Äthiopien, Kenia, Mali, Nigeria, Senegal, Tansania, Uganda und Ruanda umgesetzt und zu einem grossen Teil von der DEZA unterstützt.

Im Fokus: die Wertschöpfungskette

In den letzten Jahren hat die ökologische Landwirtschaft auf dem afrikanischen Kontinent tatsächlich zugenom-



Gemüsemarkt in der Provinz Ketou in Benin: Den Anteil ökologischer Qualitätsprodukte auf den Märkten zu erhöhen, ist eines der Hauptziele der Landwirtschaftsinitiative EOA.

© Patrick Frilet/hemis/laif

men. Verzeichnete sie im Jahr 2016 noch 1,8 Millionen Hektar, werden inzwischen etwa zwei Millionen Hektar ökologisch bewirtschaftet. Es wird immer breiter anerkannt, dass Agrarökologie eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung von Ernährungsunsicherheit, Boden-degradation, Armut und Klimawandel spielt.

Trotzdem bleiben zahlreiche Herausforderungen. «Es fehlt an politischen Bemühungen, die ökologische Landwirtschaft zu fördern», sagt Venancia Wambua, Projektleiterin der EOA-Initiative. Der Zugang zu ökologischen

Hilfsmitteln und Informationen über Anbautechniken, Betriebsmitteln und Marktinfrastrukturen sei sehr beschränkt. «Es ist vor allem die Wertschöpfungskette, die wir in den Fokus nehmen müssen», sagt Wambua.

Neben Wissensvermittlung und Vernetzung der Akteure ist ein Hauptziel der Initiative, den Anteil ökologischer

Qualitätsprodukte auf den Märkten lokal wie national zu erhöhen. Etwa, indem sie Produzenten bei dem Transport unterstützt, den Zugang zu Saatgut und Hilfsmittel wie Biodünger erleichtert oder sie mit Finanzinstituten vernetzt, die ihnen zinsgünstige Kredite erteilen. «Wir fördern aber nicht nur die Erzeugung der Produkte, sondern auch deren Verarbeitung zu markttauglichen Lebensmitteln, zum Beispiel Tomatensauce», sagt Wambua.

«Viele Bäuerinnen und Bauern sind an agrarökologischer Landwirtschaft interessiert», sagt Atalo Belay vom Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN), der in Äthiopien für die Beratung und Kommunikation bei der EOA-Initiative zuständig ist. Die Aussicht, ihre Erträge damit nach den ersten drei Jahren sogar zu steigern, motiviere sie zusätzlich.

SAMENVIELFALT ERHALTEN

Der fehlende Zugang zu hochwertigem Saatgut ist eines der drängendsten Probleme, die einer Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft und damit der Ernährungssicherheit im Wege stehen. Das Programm «Integrated Seed Sector Development in Africa» (ISSD) ist eine internationale Gemeinschaft, die Kleinbauernfamilien den Zugang zu hochwertigem und vielfältigem Saatgut ihrer Wahl erleichtern will. Dabei kombiniert das Projekt öffentliche und private Anstrengungen und will Ziele der Ernährungssicherheit und der wirtschaftlichen Entwicklung verbinden. So soll Saatgut besser verfügbar sein und informelle und formelle Saatgutssysteme miteinander interagieren können. Die Saatgut-Wertschöpfungskette soll gestärkt werden: von der Vermehrung des Saatguts bis zur Vermarktung, mit einem besonderen Fokus auf Unternehmertum. Das Projekt wird von der Schweiz und den Niederlanden getragen. Implementierungspartner ist das «Wageningen Centre for Development Innovation» der niederländischen Universität Wageningen.



Die äthiopische Bäuerin Workie Shumye verkauft auf dem lokalen Markt ihr Gemüse.

© EOA Initiative

Belay unterstützt Kleinbauern bei den Anbautechniken, der Herstellung von Kompost oder Biodünger. Aber auch bei der Gründung von Bauernkooperativen oder Zertifizierungsverfahren, beides «sehr aufwendige» Prozesse.

Die Bäuerin Workie Shumye leitet heute einen Biobauernmarkt in der Hauptstadt Addis Abeba, der im Rahmen der Initiative entstanden ist. Auf diese Weise sollen auch Produzenten und Konsumenten vernetzt werden. Das Interesse ist offenbar da: Aufgrund hoher Nachfrage findet der Markt bereits zweimal im Monat statt, zu Beginn war es nur einmal monatlich.

Schwieriger ist es laut Belay, Kleinbauernfamilien aus sehr abgelegenen Gegenden in die Wertschöpfungskette zu integrieren. Kürzlich wurde daher in einigen Dörfern der Versuch eines Gemüsekorbes gestartet, bei dem Konsumentinnen ihre Produkte im Abo direkt von den umliegenden Bäuerinnen beziehen können.

Eigenes ökologisches Saatgut

Die Verbreitung ökologischer Landwirtschaft schützt auch die Biodiversität, wie ein Projekt in Benin zeigt. Dort hat sich eine Bauerngruppe aus 16 Mitgliedern formiert, die ihr eigenes ökologisches Bananensaatgut erzeugen. Da-

mit reagieren sie auf das Problem, dass Landwirte in Benin fast nur Zugang zu minderwertigem Saatgut haben, das oft von Schädlingen befallen ist. Derzeit hat die Gruppe ein gemeinsames Saatbeet angelegt, in dem sie ihre Samen bis zur Aussaat aufbewahrt.

Und in Kenia werden Bauerngruppen, darunter vor allem Frauen und Jugendliche, in Agroforstwirtschaft weitergebildet, sodass zunehmend auch mehrjährige Bäume in den Ackerbau integriert werden. Die liefern Obst, aber auch Futter für die Tiere und schützen den Boden vor Erosion. In zwei errichteten Baumschulen werden über 35000 Baumsetzlinge gelagert.

Die EOA-Initiative, die 2014 gestartet ist, verzeichnet bisher in allen Ländern Erfolge: Beispielsweise wurden in Äthiopien, Uganda, Tansania, Kenia, Benin und Nigeria ökologische Zertifizierungsstandards und -verfahren eingeführt, und in allen Fällen wurden die Erzeuger zertifiziert. Biobauernmärkte und Instrumente zur Sammlung von Marktinformationen und Datenbanken wurden eingerichtet und mindestens 21000 Landwirtinnen und Landwirte dadurch an Märkte angeschlossen. ■

MEHR VIelfALT AUF DEN FELDERN

Hunger und Mangelernährung sind in vielen Teilen Afrikas und Asiens weit verbreitet. Ein internationales Gemeinschaftsprojekt will mit traditionellen Nutzpflanzen die Situation der Menschen vor Ort verbessern.

Text: Samanta Siegfried

Zum Beispiel Amaranth. Die Pflanze wächst schnell, deren Blätter können kontinuierlich geerntet werden, sie ist sehr anspruchslos und trockenheitstolerant. Blätter wie Stängel enthalten viel Eisen und weisen einen hohen Proteingehalt auf. Zwar wird Amaranth seit ein paar Jahren wieder als Superfood gehandelt, auf dem kommerziellen Markt bleibt es aber ein Nischenprodukt. Die Nutzpflanze wurde, wie viele andere traditionellen Sorten, im Laufe der Zeit verdrängt. Heute stammen 42 Prozent der weltweit konsumierten Kalorien von nur drei Pflanzenarten: Weizen, Reis und Mais.

Das Projekt CROPS4HD, welches 2021 gestartet ist, will dieses Manko ändern. Die Abkürzung steht für den «Verzehr von widerstandsfähigen, vernachlässigten Sorten für eine gesündere Ernährung» (Consumption of Resilient Orphan Crops & Products for Healthier Diets) und hat zum Ziel, die Nutzung und den Erhalt von traditionellen, vernachlässigten Saatgutsorten zu fördern, um die Lebensgrundlage der Bevölkerung zu verbessern. Denn im Gegensatz zu den kommerziellen Nutzpflanzen sind die traditionellen oft sehr nährstoffreich, überstehen Dürrephasen gut und trotzen Schädlingen.

«Viele Kleinbauernfamilien in Indien kennen die traditionellen Pflanzen gut, nutzen sie aber nicht mehr», sagt Tanay Joshi, wissenschaftlicher Mitarbeiter

beim Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) im aargauischen Frick, welches zusammen mit der NGO Swissaid und der Allianz für Ernährungssouveränität in Afrika (AFSA) das Projekt umsetzt. CROPS4HD wird von der DEZA mitfinanziert und aktuell im Niger, in Tschad, Tansania und Indien durchgeführt.

Bauernfamilien von Anfang an mitbeteiligt

Tanay Joshi, der das Forschungsprojekt in Indien und Tansania leitet, sieht zwei

Hauptprobleme: Die mangelnde Verfügbarkeit des Saatguts und der fehlende Marktzugang. «Der Anbau traditioneller Sorten erfährt noch immer nicht die verdiente Aufmerksamkeit, sowohl seitens der Öffentlichkeit als auch des privaten Sektors», sagt Joshi. Es gebe keine konstante Nachfrage, keine Abnahmegarantie und keinen festgelegten Marktpreis. «Für die Kleinbauernfamilien bedeutet das ein grosses Risiko.»

Um dieses Risiko zu minimieren, setzt das Projekt auf drei Ebenen an: Zum einen beschafft es Saatgut bei verschiedenen Akteuren, stellt es den Land-



Indische Bäuerinnen wählen ihre bevorzugte Amaranth-Sorte aus.

© CROPS4HD



Landwirtinnen und Landwirte bewerten auf einem Testgelände den Anbau und die Ernte verschiedener Sorten der Mungo-Bohne (Green Gram).

© CROPS4HD

INDIENS EIGENES SAATGUTGESETZ

Seit den 1990er-Jahren verlangt die Welthandelsorganisation von ihren Mitgliedstaaten, dass sie über irgendeine Form von Gesetzgebung zum Schutz von Pflanzensorten verfügen. Viele Staaten sind seitdem dem internationalen Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV) beigetreten, welches die Produktion, den Verkauf und den Austausch von Saatgut beschränkt. Dieses steht jedoch immer wieder in Kritik, da es nur Züchtern Rechte gewährt, jene der Bauern und Bäuerinnen aber aussen vor lässt. In Indien hat sich die Regierung nach heftigem Widerstand aus der Zivilgesellschaft entschieden, dem UPOV-Abkommen nicht beizutreten. Stattdessen hat es ein eigenes Gesetz entwickelt, das im Jahr 2001 verabschiedet wurde und die Koexistenz von öffentlichen und bäuerlichen Saatgutssystemen erlaubt. Dies macht das indische Sortenschutzgesetz weltweit einzigartig und ermöglicht es, verschiedenen Interessengemeinschaften gerecht zu werden.

wirten zur Verfügung und schult sie in agrarökologischen Anbaumethoden. Zweitens will es bei den Konsumenten das Bewusstsein für die Produkte schärfen und die Nachfrage ankurbeln. Und drittens in der Politik Fortschritte erzielen, damit traditionelle Sorten auch in das formelle Saatgutssystem eingebunden werden, um die Marktchancen zu erhöhen. Auch gemeinschaftliche Saatgutbanken sollen gestärkt werden, damit die Bauern einfacher zu dem Saatgut kommen.

«Die Bauernfamilien sollen von Anfang an in das Projekt einbezogen werden», sagt Joshi. Ein Instrument dafür ist die sogenannte Partizipative Sortenauswahl, die auf den Versuchsfeldern durchgeführt wird. Dabei definieren die Teilnehmenden in einem ersten Schritt die wichtigsten Kriterien, die eine Sorte für sie erfüllen muss. Etwa Haltbarkeit, Ertrag oder Beschaffenheit der Blätter.

«Ziel ist es, jene Sorten zu ermitteln, die von den meisten Bäuerinnen und Bauern bevorzugt werden», erklärt Joshi, der im September in Indien auf einer Farm im südwestlichen Bundesstaat Karnataka einen solchen Versuch begleitete. «So wird die Wahl der Sorte ihren Bedürfnissen angepasst, nicht umgekehrt.»

Parallel zu den Trainings mit den Bauernfamilien will das Projekt neue Märkte erschliessen. Geplant ist die Eröffnung von sechs Märkten in den drei

Bundesstaaten Westbengalen, Odisha und Karnataka, wo die Produzenten ihre agrarökologischen Produkte direkt an die Konsumenten und Konsumentinnen verkaufen können. Ausserdem werden sie beim Transport oder ihrer Lagerung unterstützt.

«Nicht die beste Zeit für Experimente»

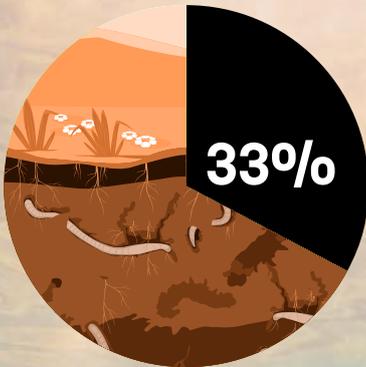
Dabei sei es gar nicht so einfach, die Bäuerinnen und Bauern für die Idee zu gewinnen, sagt Pramod Pradhan von der NGO Swissaid, der das Projekt in Indien begleitet. Der Klimawandel werde in Indien immer spürbarer, aktuell regne es seit Monaten in Rekordmengen. Dadurch wurden Ernten oder Transportwege zerstört. «Es ist nicht die beste Zeit für Experimente», erzählt Pradhan. Aus diesem Grund sei es wichtig, dass sich die Bauernfamilien untereinander vernetzen. So könnten die neuen Anbaumethoden und traditionellen Sorten effizienter in Umlauf gebracht, der Transport zu den Märkten vereinfacht und die Kosten, etwa für die Bio-Zertifizierung, geteilt werden. Aktuell sind im Rahmen des Projekts sechs solcher Bauernkooperativen in Planung.

«Am Ende müssen vor allem die Konsumenten und Konsumentinnen das Vertrauen in die Produkte gewinnen», sagt Pradhan. CROPS4HD fördert deshalb Veranstaltungen, die den Austausch ankurbeln sollen. Dazu gehörten unter anderem Besuche bei den Bauernfamilien, um ihre Anbaumethoden kennenzulernen.

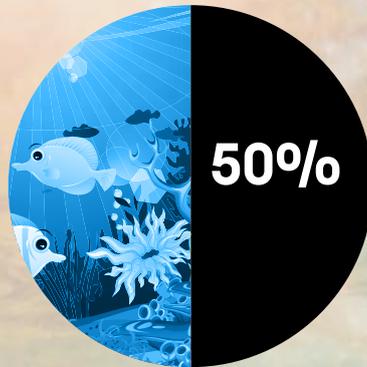
Aber auch Saatgut-Festivals, Kochwettbewerbe oder Rezeptbücher seien Teil der Kampagne. In den grösseren Städten versuche man, die Kleinbauern und Kleinbäuerinnen mit Bioläden zu vernetzen. Schliesslich hänge alles zusammen. «Je mehr die Bevölkerung für den Nährwert und die Vielfalt der essbaren Pflanzen sensibilisiert wird, desto mehr werden diese von den Bauern angebaut.» ■

FACTS & FIGURES

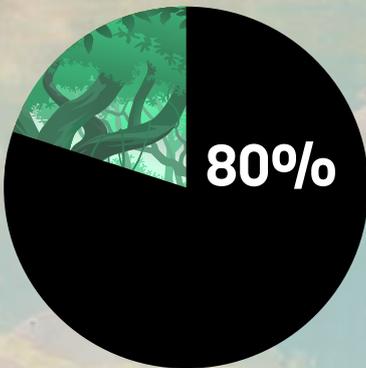
Rückgang der Biodiversität



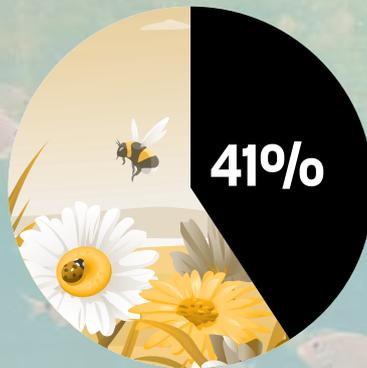
33% des weltweiten Oberbodens (bis 40 cm Tiefe) sind degradiert



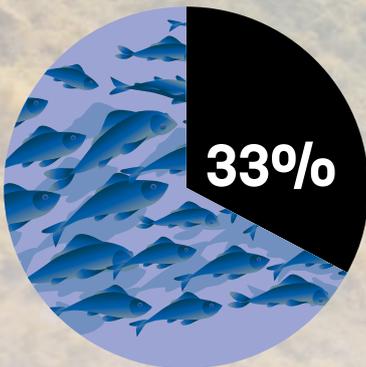
50% des weltweiten Korallenriffsystems sind zerstört



Die Landwirtschaft ist für **80%** der weltweiten Entwaldung verantwortlich



41% der bekannten Insektenarten sind in den letzten Jahrzehnten zurückgegangen



33% der Fischbestände sind überfischt



Die Anzahl der Wirbeltiere (Säugetiere, Fische, Vögel, Amphibien und Reptilien) ist seit 1970 um **60%** zurückgegangen

Schlüsselzahlen

Allein für forstwirtschaftliche Lösungen, einschliesslich der Bewirtschaftung, Erhaltung und Wiederherstellung von Wäldern, sind einem Bericht des UN-Umweltprogramms zufolge weltweit jährliche Ausgaben in Höhe von 203 Milliarden US-Dollar erforderlich. Das entspricht pro Jahr rund 25 US-Dollar pro Kopf weltweit.

Die Verschmutzung der Meere durch Plastik hat sich seit 1980 verzehnfacht und betrifft mindestens 267 Arten, darunter 86 Prozent der Meeresschildkröten, 44 Prozent der Seevögel und 43 Prozent der Meeressäuger.

Gebietsfremde Arten haben seit 1980 um 40 Prozent zugenommen, unter anderem wegen der Globalisierung des Welthandels und des Tourismus. Nahezu ein Fünftel der Erdoberfläche ist durch invasive Pflanzen und Tiere bedroht, mit negativen Konsequenzen für einheimische Arten, Ökosystemfunktionen und die menschliche Gesundheit.

«Der Verlust der biologischen Vielfalt kostet die Weltwirtschaft jedes Jahr bereits 10 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung. Wenn wir naturbasierte Lösungen nun nicht ausreichend finanzieren, werden wir keine Fortschritte in anderen wichtigen Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Arbeit erzielen. Wenn wir die Natur jetzt nicht retten, werden wir keine nachhaltige Entwicklung erreichen.»

Inger Andersen, Exekutivdirektorin des UN-Umweltprogramms (UNEP)

Quellen und Links

«Global Assessment of Biodiversity and Ecosystem Services»

Der bislang umfassendste Bericht des aktuellen Standes der globalen Biodiversität. 500 Experten und Expertinnen haben dazu beigetragen und über 15 000 wissenschaftliche Publikationen analysiert.

<https://ipbes.net/global-assessment>

«Biodiversity and Sustainable Development»

Der Nexus Brief zeigt, weshalb das Thema Biodiversität für die Arbeit der DEZA zentral ist.

<https://www.shareweb.ch/site/Climate-Change-and-Environment/Documents/09NexusBrief-Biodiversity-EN.pdf>



KAMPF FÜR GLEICHBERECHTIGUNG UND POLITISCHE TEILHABE

Immer mehr junge Menschen in der Mongolei wenden sich enttäuscht von der Politik ab. Doch eine Minderheit engagierter junger Mongolinnen und Mongolen will sich mit den Missständen nicht abfinden und tritt der herrschenden Klasse auf die Füsse.

Text: Matthias Kamp

Wenn Zolazaya Batkhuyag an ihre Treffen mit Regierungsvertretern denkt, wird sie jedes Mal wieder wütend. «Sie laden uns ein, hören uns zu, dann geben sie zu, dass wir mit vielen unserer Klagen recht haben», erklärt die 38-jährige Mongolin, «aber es ändert sich nichts.»

Batkhuyag ist in Ulaanbaatar, der Hauptstadt der Mongolei, geboren, studierte Rechtswissenschaften und gehörte 2010 zu den Mitbegründern der Nichtregierungsorganisation «Women for Change». Die Organisation hat rund 100 Mitglieder. Diese und eine grössere Anzahl von Alumni kämpfen gegen Missstände wie Korruption, häusliche Gewalt und Diskriminierung von Frauen. Ausserdem setzen sie sich für mehr politische Teilhabe junger Menschen, vor allem auch Frauen ein. Batkhuyag sagt: «Die Arbeit der Regierung ist einfach schlecht.»

Organisationen wie «Women for Change» bekommen in jüngster Zeit Zulauf, denn Unzufriedenheit und Frust in der Mongolei nehmen rapide zu, vor allem unter den jungen Menschen. Zu den Gründen zählt nicht nur die lahrende Konjunktur als Folge der Pandemie, sondern vielmehr eine tief sitzende Wut über die Bereicherung der herrschenden Klasse, fehlende berufliche und wirtschaftliche Perspektiven und zu wenig Mitsprache. Viele der jungen Leute haben das Gefühl, dass die Regierung ihren Aufgaben nicht nachkommt. Manche von ihnen tragen sich mit Auswanderungsgedanken.

«Schmutzige» Politik

Gemäss einer Umfrage der UN aus dem Jahr 2016 glauben 60 Prozent der 15-24-Jährigen, Politik sei «schmutzig». Ungerechtigkeiten, so gaben sie ausserdem an, hielten gute Leute davon ab, in die Politik zu gehen. An der Einstellung habe sich in den vergangenen Jahren kaum etwas geändert, sagen Experten.

Am 7. April vergangenen Jahres zogen Tausende, zumeist junger Mongolinnen und Mongolen protestierend durch die Strassen von Ulaanbaatar, um ihrem Ärger Luft zu machen. Viele von ihnen waren Studierende. Sie forderten eine

UNZUFRIEDEN MIT DER DEMOKRATIE

Eingebettet zwischen den Grossmächten Russland und China, vollzog die Mongolei Anfang der 1990er-Jahre einen friedlichen Übergang zur Demokratie. Doch die Zufriedenheit der Mongolinnen und Mongolen mit der Gesellschaftsform scheint in jüngster Zeit zu schwinden. Nur 9,3 Prozent der Menschen sind zufrieden mit der Demokratie, 35 Prozent der Bevölkerung wünschen sich dagegen einen starken Führer. Das ergab eine Umfrage der Sant Maral Foundation im Mai letzten Jahres. Hauptgrund für die besorgniserregende Entwicklung ist die Tatsache, dass der mongolische Staat und die politischen Institutionen offenbar nicht in der Lage sind, ihre Versprechen einzuhalten. «Die junge Generation könnte damit begonnen haben, das Vertrauen zu verlieren», schreibt der Politikwissenschaftler Badamdash Dashdavaa, «vor allem wegen der zunehmenden wirtschaftlichen Ungleichheit.» Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich führe dazu, dass die Menschen das Vertrauen verlieren.

<https://www.santmaral.org>

Junges Paar vor dem
Walkenkratzer «Blue Sky»,
Symbol für die neue Architektur
der mongolischen Hauptstadt.

© Serge Sibert/REA/laif

unabhängigere Justiz, eine gerechtere Steuerpolitik und bessere Jobchancen. Einige Teilnehmer der Proteste berichteten anschliessend, die Polizei habe auf mehrere friedlich demonstrierende Protestler eingepöckelt. Die Folge: Am nächsten Tag schwohlen die Proteste noch einmal an.

Die Regierung nahm die Kundgebungen nicht auf die leichte Schulter, auch weil die Demonstrierenden keiner politischen Gruppierung zugerechnet werden konnten, sich offenbar aus der Mitte der Gesellschaft rekrutierten und der Protest eine breite Palette an Missständen anprangerte. Schliesslich sah sich der Premierminister Oyun-Erdene Luvsannamsrai veranlasst, vor die Demonstranten zu treten. Er versprach, sich der Sorgen der jungen Menschen anzunehmen. Eine durchgreifende Ver-

besserung der Zustände ist bisher allerdings ausgeblieben; das Vertrauen in die herrschende Klasse ist auch über ein Jahr nach den Protesten nicht zurückgekehrt. «Es geht in der Politik einzig und allein um die richtigen Beziehungen», sagt Zolazaya Batkhuyag. In der Mongolei gehe man meist nicht in die Politik, um die Verhältnisse im Land zu verbessern, sondern um sich Finanzquellen zu erschliessen, kritisieren viele Experten.

Die Wirtschaft lahmt

Julian Dierkes, Mongolei-Experte an der University of British Columbia in Vancouver, sagt: «Jedes politische Engagement wird als finanziell motiviert gesehen, und das ist für Politik eine schlimme Krankheit.» Auch 30 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion und dem Übergang zur Demokratie scheint die alte Mentalität noch weit präsent. Bis Anfang der 1990er-Jahre war die Mongolei ein enger Partner der damaligen Sowjetunion.

«Die wirtschaftliche Situation ist ein ganz entscheidender Faktor für die Unzufriedenheit», sagt Batkhuyag.

Nachdem das Bruttoinlandsprodukt der Mongolei im ersten Covid-Jahr um 4,4 Prozent schrumpfte, betrug der Rückgang im vergangenen Jahr nur noch 1,4 Prozent. Für das laufende Jahr rechnet die Weltbank mit einem Zuwachs von 2,5 Prozent – viel zu wenig für ein Schwellenland wie die Mongolei.

Ein Grund für die lahrende Konjunktur ist die Corona-Pandemie. Zwar hat die mongolische Regierung so gut wie alle Beschränkungen aufgehoben, doch die Null-Covid-Politik der chinesischen Regierung hinterlässt tiefe Brems Spuren in der mongolischen Wirtschaft. Vor allem die faktische Schliessung der Grenze zum grossen Nachbarn China behindert den Handel und lähmt damit die Wirtschaft. Dazu kommt, dass die Preise für Rohstoffe und Nahrungsmittel aus dem Ausland, unter anderem aus Russland, in jüngster Zeit erheblich gestiegen sind. Prognosen der Asiatischen Entwicklungsbank zufolge dürfte die Inflationsrate in diesem Jahr bei 14,7 Prozent liegen – und tiefe Löcher in die Geldbeutel der Mongolinnen und Mongolen reissen.

Doch es sind nicht nur die Folgen der Pandemie, die die konjunkturelle Dy-

Unsichere Zukunft für die mongolische Jugend - hier am Stadtrand von Ulaanbaatar: Es fehlt an beruflichen und wirtschaftlichen Perspektiven, das Bildungswesen ist ungenügend und die Wertschöpfung des Rohstoffabbaus findet vorwiegend im Ausland statt.

© Gilles Sabrie/NYGT/Redux/laif



namik dämpfen und damit für bescheidene Jobaussichten gerade für junge Menschen sorgen, sondern auch tiefe strukturelle Verwerfungen. So fördert die Mongolei eine Reihe von Rohstoffen in grossen Mengen. Die Kupfervorkommen etwa gehören zu den bedeutendsten der Welt. Das Problem: Die Verarbeitung und damit die Wertschöpfung findet nicht in der Mongolei statt.

Grosse Teile der Kupferförderung beispielsweise werden nach China exportiert, wo das Metall weiterverarbeitet wird, in der Mongolei fällt keine Wertschöpfung an. Das Land hat sich viel zu lange auf den sprudelnden Einnahmen aus den reichen Rohstoffvorkommen ausgeruht und es versäumt, industrielle Strukturen aufzubauen.

Wichtige Hausaufgaben nicht erledigt

Auch an anderer Stelle hat die Politik wichtige Hausaufgaben nicht erledigt. Statt mit Hilfe struktureller Reformen für mehr und besser bezahlte Jobs für die junge Generation zu sorgen, hat sie lediglich die Transferzahlungen hochgeschraubt: Das Kindergeld wurde erhöht, ebenso die Altersrenten und die Zahlungen aus der Arbeitslosenversicherung. Eine in Australien ausgebildete Ärztin verdient dagegen gerade einmal umgerechnet 300 Franken.

Das Geld investierte die Regierung vermutlich besser in nachhaltige Reformen des mongolischen Bildungssystems, denn das befindet sich in gefährlicher Schieflage. So bringt das System eine grosse Zahl zum Teil nur mittelmässig ausgebildeter Hochschulabsolventen hervor, vor allem in den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Oftmals arbeiten diese später in schlecht bezahlten Jobs, beispielsweise als Lagerist. Gleichzeitig fehlen Fachkräfte für die Industrie.

Batkhuuyag von der NGO «Women for Change» treibt noch eine andere Sorge um. Als die Regierung nach Ausbruch

der Pandemie die Schulen schloss, konnten die Lehrkräfte die Schülerinnen und Schüler in Privatschulen per Fernunterricht unterrichten. Familien auf dem Land dagegen fehlt die technische Ausrüstung wie Laptops und schneller Internetzugang. Batkhuyag sagt: «Den Kindern in den ländlichen Regionen fehlen jetzt zwei Jahre Bildung.»

Mit ihren regelmässigen Workshops und Konferenzen machen Batkhuyag und ihre Mitstreiterinnen ausserdem auf das weitverbreitete Problem der Misshandlung von Frauen aufmerksam. Gemäss einer mongolischen Erhebung haben 57 Prozent der Frauen bereits häusliche Gewalt erfahren, viele von ihnen mehr als einmal. Viele junge Mongolinnen und Mongolen klagen aber auch über einen schwierigen Zugang in die Politik. Die Gründe sind finanzieller Natur. «Für einen Wahlkampf in der Mongolei braucht es viel Geld», sagt Batkhuyag, «das haben die meisten jungen Leute aber nicht.»

Und doch ruht die Hoffnung des Landes nun auf der jungen Generation, den 20- bis 40-Jährigen. Sie sind weltoffen, zeigen ein starkes Interesse an Bildung, und viele von ihnen haben im Ausland studiert, etwa in den USA, Australien oder Südkorea. Eine aktuelle Umfrage der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung unter jungen Mongolinnen ergab, dass 80 Prozent von ihnen Interesse an globalen Entwicklungen und internationalen Nachrichten haben. Viktor Frank, der das Büro der deutschen Konrad-Adenauer-Stiftung in Ulaanbaatar leitet, nimmt die jungen Menschen ausserdem als «sehr engagiert» wahr. Frank sagt: «Sie sind bereit, Verantwortung zu übernehmen.» Damit könnte in der Mongolei ein dringend nötiger Generationenwechsel in Gang kommen. ■

* *Matthias Kamp ist studierter Sinologe und seit 2021 China- und Mongolei-Korrespondent der NZZ mit Sitz in Peking.*

MONGOLEI IN KÜRZE

Name

Mongolei (Mongolischer Staat)

Hauptstadt

Ulaanbaatar

Bevölkerung

3,3 Millionen

Die grössten ethnischen Gruppen sind die Chalcha (81.5 %) mit diversen kleinen Untergruppierungen sowie die Kasachen mit einem Anteil von 4.3 %. Etwa 30 Prozent der Mongolen sind jünger als 30 Jahre, das Durchschnittsalter beträgt 29.8 Jahre. Die Bevölkerung wuchs 2021 um 1.94 %. Inzwischen leben 69 % der Mongolen in den Städten des Landes. Vor allem die Anziehungskraft der Hauptstadt Ulaanbaatar ist ungebrochen. Für die meisten jungen Menschen kommt ein Leben als Hirten auf dem Land nicht mehr in Frage. Die Urbanisierung steigt jedes Jahr um 1.7 %.

Religion

Buddhismus 51.7 %

Konfessionslos 40.6 %

Islam 3.2 %

Schamanismus 2.5 %

Christentum 1.3 %

Andere 0.7 %

Alphabetisierung

98 % der Mongolinnen und Mongolen können lesen und schreiben. Damit hat das Land eine der höchsten Alphabetisierungsraten in Asien.

Jugendarbeitslosigkeit

Gemäss offiziellen Angaben sind 18 % der 20- bis 24-Jährigen ohne Beschäftigung.



Aus dem Alltag von...

STEFANIE BURRI

CHEFIN INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT UND KONSULIN
IN ULAANBAATAR, MONGOLEI

Aufgezeichnet von Samuel Schlaefli

Ich lebe im Zentrum von Ulaanbaatar, wo sich bis zu 15-stöckige Hochhäuser dicht aneinanderdrängen. Je weiter man in die Peripherie geht, desto niedriger werden die Bauten und desto mehr Jurten sieht man. Im Winter wird es hier manchmal bis zu minus 35 Grad kalt. Da Wärme vor allem mit Kohle produziert wird, ist die Luftqualität dann am schlechtesten. Für Energie und Elektrizität ist die Mongolei stark von Russland abhängig. Die Angst vor

schaftsbetriebe besucht und geschaut, wie es um die Lagerkapazitäten für die Ernten steht. Die Ernährungssicherheit ist ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Zum Beispiel wurden Kartoffeln lange Zeit ausschliesslich importiert, vor allem aus China. Wir haben ein staatliches Forschungsinstitut dabei unterstützt, klimaangepasste Sorten zu züchten, mit welchen Bauern und Bäuerinnen gute Ernten einfahren. Heute wird der gesamte Bedarf an Kartoffeln lokal produziert. Auch Karotten, Runden und Kohl werden dank besserem Saatgut wieder öfter angepflanzt. Wie wichtig die selbstständige Versorgung mit Lebensmitteln ist, hat sich besonders während der Covid-19-Pandemie gezeigt, als viele Waren nicht mehr importiert werden konnte.

Nach dem Besuch in Darkhan sind wir ins 180 Kilometer westlich gelegene Erdenet gefahren. Dort hat die DEZA mitgeholfen, Schulen zu renovieren, Lehrkräfte auszubilden und Unterrichtscurricula aufzubauen. Ich wollte mir ein Bild verschaffen, was gut funktioniert und was nicht. Meist treffe ich mich auch mit Vertreterinnen und Vertretern der Lokalregierung, um zu erfahren, wie sie unsere Arbeit beurteilen und Möglichkeiten zu diskutieren, wie die Projekte in bestehende Strukturen integriert werden können. Fragen der Guten Regierungsführung sind bei all unseren Projekten ein Thema. Die Regierung hat grosse Fortschritte gemacht bei der Digitalisierung von öffentlichen Dienstleistungen, zum Beispiel für den Bezug einer Geburtsurkunde. Die Transparenz in den öffentlichen Diensten ist gewachsen, aber Korruption ist nach wie vor ein grosses Problem und der Ressourcenreichtum des Landes bleibt sehr ungleich verteilt.

Das DEZA-Engagement in der Mongolei läuft 2024 aus. Wir sind deshalb daran, unsere Projekte den lokalen Partnern zu übergeben. Das muss gut kommuniziert und auch rechtlich abgesichert werden. Mein Team ist bereits um einen Drittel geschrumpft und besteht aktuell aus 16 Mitarbeitenden, darunter 13 Frauen. Alle, die gehen mussten, fanden jedoch problemlos eine neue Stelle bei anderen internationalen Organisationen in der Mongolei. Das freut mich sehr: So wird das bei uns aufgebaute Wissen dem Land auch längerfristig erhalten bleiben. ■



© DEZA

negativen Auswirkungen des Ukraine-Kriegs ist deshalb gross und die Regierung versucht, sich politisch möglichst neutral zu verhalten.

Die meisten unserer Projekte sind auf dem Land; sie zu besuchen ist zeitintensiv und anstrengend. Es gibt wenige Inlandflüge und die Strassen sind nur bis in die Provinzhauptstädte gut. Danach führen oft Schotterstrassen mit Schlaglöchern in kleinere Dörfer. Ich versuche deshalb, meist mehrere Besuche auf dem Land zu verbinden. Kürzlich habe ich in Darkhan, nördlich von Ulaanbaatar, Partner der FAO, des Ministeriums für Landwirtschaft und der Bauernvereinigung getroffen. Wir haben gemeinsam kleine Landwirt-

SCHWEIZER ENGAGEMENT IN DER MONGOLEI

Die Schweiz arbeitet seit 2001 mit der Mongolei zusammen. Sie leistete humanitäre Hilfe, als während eines äusserst harten Winters viele Nutztiere starben, was bei den Nomaden und Nomadinnen zu grosser Armut führte. 2004 eröffnete die DEZA in Ulaanbaatar ein Kooperationsbüro. Der Fokus des Engagements lag auf Ernährungssicherheit, Entwicklung der Landwirtschaft und nachhaltiger Nutzung von natürlichen Ressourcen. Später kamen die Themen Gute Regierungsführung, Ausbildung, Klimawandel und Stadtentwicklung hinzu. Aufgrund der regionalen Fokussierung im Rahmen der IZA-Strategie 2021-2024 wird das Kooperationsbüro in Ulaanbaatar Ende 2024 geschlossen. Die guten Beziehungen sollen weiterhin durch Zusammenarbeiten in den Bereichen Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft gepflegt werden. Zudem hat die Schweiz der Regierung Nothilfe im Falle von humanitären Krisen zugesichert.

Stimme aus der Mongolei

VON SCHWARZEN ZIEGEN UND NISCHENPRODUKTEN

Ich möchte Ihnen erzählen, wie mein Hobby zu meiner Arbeit wurde und weshalb ich heute in der Käseherstellung arbeite. Ursprünglich studierte ich in Deutschland Strahlentherapie und arbeitete später im Gesundheitsbereich mit Krebspatienten. 2013 gründete meine Familie das Tourismus-Camp «Five Rivers» im gleichnamigen Ort in der Provinz Khuvsugul im Norden der Mongolei. Das Camp ist eine Art Zeltlager mit Jurten, welche wir in der Mongolei «Ger» nennen. In dieser atembe-

raubenden Gegend sah ich zum ersten Mal in meinem Leben tausende von freigrasenden schwarzen Ziegen, die auf den anmutigen grünen Bergen und Tälern grasten.

Die ansässigen Hirtenfamilien gewinnen von diesen Ziegen die feinste und teuerste Kaschmirwolle weltweit, wobei die Ziegen kaum gemolken werden und wenn, dann nur für den Eigengebrauch. Dies ist leider eine noch immer weitverbreitete Praxis in der Mongolei. Denn das Melken der Ziegen ist für die Hirten zu wenig lukrativ: Der Milchpreis auf dem Markt ist viel zu tief und der Transport der Milch in die Städte ist mühsam und schwierig.

Während ich in «Five Rivers» diese Praxis der Hirtenfamilien beobachtete, kam ich mit einigen Familien ins Gespräch und überlegte mir, wie die äusserst wertvolle und gesunde Ziegenmilch genutzt werden könnte. Der Gedanke liess mich nicht mehr los und entwickelte sich schliesslich bis zur Käseherstellung weiter. Anfangs wollte ich den Käse ausschliesslich aus Ziegenmilch nur im Sommer und lediglich für die Camp-Gäste herstellen. Aber nach vielen Überlegungen änderte ich meine Meinung: Wie wir alle wissen, fällt Milch täglich an und muss täglich weiterverarbeitet werden.

Dank meines Studiums in Deutschland und den entsprechenden Sprachkenntnissen besuchte ich verschiedene Kurse rund um die Käseherstellung in Deutschland. Dort erlernte ich die Grundlagen der Milchezusammensetzung, unterschiedliche Verfahren der Käseherstellung, mögliche Produktionsfehler zu erkennen und schliesslich die Grundkenntnisse einer effizienten Betriebsführung. 2017 gründeten ich

und mein Mann eine kleine Hofkäserei mit 30 Kühen. Sie liegt rund 130 Kilometer von der Hauptstadt Ulaanbaatar entfernt. Für die Kühe haben wir einen eigenen Stall gebaut, damit sie vor allem im Winter vor der extremen Kälte geschützt sind. Üblicherweise sind hier die Kühe wie auch alle anderen Tiere (Schafe, Ziegen etc.) das ganze Jahr über freilaufend und haben lediglich einen halboffenen Unterstand.

Nach monatelangen Versuchen bin ich stolz darauf, dass wir unserer Kundschaft verschiedene Käseprodukte anbieten können. Wir stellen eigentliche Nischenprodukte her, beispielsweise einen Camembert, welche noch kaum auf dem Markt zu finden sind und wenn, dann lediglich importiert aus Europa. Noch immer findet sich auf dem Markt kaum mongolischer Käse, obwohl Kundschaft dafür vorhanden wäre.

Bezüglich Wissen rund um die Milchverarbeitung besteht in der Mongolei ein grosser Nachholbedarf, es ist hierzulande noch sehr gering und definitiv nicht auf dem Stand wie beispielsweise in Deutschland oder der Schweiz. Deshalb suchten wir via die deutsche Stiftung «Senior Experten Service» eine entsprechende Fachperson. Nach rund vierjähriger Wartezeit war es dann im August 2022 endlich soweit: Käsemeister Carlos Marbach aus der Schweiz besuchte uns für einen ersten Einsatz. Mit Fachkenntnis und Leidenschaft hat er uns bei der Optimierung und Standardisierung der Produktionsprozesse und der Erweiterung des Käsesortiments unterstützt. Wir hoffen sehr, auch in den nächsten Jahren mit unserem Käsemeister zusammenzuarbeiten. ■



DORLIGJAV TUMURTOGOO schloss ihre Studien 1986 an der Technischen Universität Ilmenau, Deutschland, ab und arbeitete dann als Medizinphysikerin im Krebszentrum von Ulaanbaatar, Mongolei. Ihr Doktorat erlangte sie 2000 an der Karl-Ruprecht-Universität in Heidelberg. Danach erfolgten Weiterbildungen, u.a. in Strahlentherapie, Projektmanagement und Geschäftsführung. Seit 2001 ist Dorligjav Tumurtogoo im Privatsektor als Unternehmerin tätig.



«Історія - скарбниця наших днів,
свідок минулого, приклад і пам'ятка
для сьогоднішнього покоління,
для майбутнього»
Місто Сєвєродонецьк

МІП

Місто Сєвєродонецьк

HUMANITÄRE HILFE UND ENTWICKLUNG VERBINDEN

Der Überfall Russlands auf die Ukraine hat Gemeinschaften zerstört und bedroht das Leben von Millionen von Menschen. Die DEZA, die seit mehreren Jahrzehnten in diesem riesigen Land aktiv ist, konnte rasch auf die Krise reagieren. Sie unterstützte die Humanitäre Hilfe bei der Deckung dringender Bedürfnisse und passte dank ihrer Flexibilität ihre vor dem Krieg gestarteten Projekte an.

Text: Zélie Schaller

Die Nacht, in der alles aus den Fugen gerät: Am 24. Februar letzten Jahres wird die ukrainische Bevölkerung von russischen Bomben aus dem Schlaf gerissen. Um 4:30h zerreißen erste Explosionen den Himmel über Kiew. Der Aggressionskrieg von Russland gegen seinen Nachbarn hat begonnen.

Seit den 1990er-Jahren ist die Schweiz in der Ukraine an Aktivitäten der internationalen Zusammenarbeit (IZ) beteiligt und kann vor Ort rasch humanitäre Hilfe leisten. Dank langjähriger Kontakte, laufender Projekte und vorhandener Ressourcen, lassen sich dringende und rasch wachsende Bedürfnisse stillen. Seit Kriegsbeginn hat die Schweiz mehr als 680 Tonnen Hilfsgüter geliefert: «Zelte als Notunterkünfte, Medikamente, Spitalbetten, Rollstühle und Löschfahrzeuge zur Brandbekämpfung», sagt Eileen Hofstetter, Chefberaterin für humanitäre Hilfe auf der Schweizer Botschaft in der Ukraine. Darüber hinaus wurden im vergangenen

März und April 4750 Tonnen Nahrungsmittel vor Ort gekauft, um die lokale Wirtschaft zu stützen und der Bevölkerung zu helfen.

Online-Schulen und Sommercamps

In zugänglichen Gebieten setzen Fachleute des Schweizerischen Korps für Humanitäre Hilfe mittelfristige Projekte in den Bereichen Wasser, Gesundheit und Bevölkerungsschutz um. Diese Massnahmen bauen auf dem bestehenden Zusammenarbeitsprogramm auf und ergänzen es. Die IZ wiederum passt aufgrund ihrer Erfahrung im Land ihre Aktivitäten flexibel und kreativ an die dringendsten Bedürfnisse an.

Bis zum 24. Februar trug das Projekt «Decide» (Decentralization for Improved Democratic Education) zur Dezentralisierung des ukrainischen Schulsystems bei und investierte in die Online-Schule. Die DEZA hat zu Beginn des Kriegs unmittelbar reagiert: Schulen und Kindergärten wurden zu Notunterkünften umfunktioniert. «Wir kauften in lokalen Geschäften Leintücher, Matratzen, Kissen, Decken und Liegematten», sagt Ilona Postemska, Projektleiterin und Expertin für Regieführung.

EIN SEHR LANGER MARATHON

Nach der Annexion der Krim 2014 und dem Krieg in der Ostukraine waren viele Leute stark traumatisiert. Die Nachfrage nach psychologischer Unterstützung war hoch und ist es heute noch mehr. Dank ihrem Projekt «Mental Health for Ukraine», das die Reform des ukrainischen Psychiatriewesens unterstützte und Personal in diesem Bereich ausbildete, konnte die DEZA über ihr umfassendes Netzwerk rasch Notfallkapazitäten aufbauen und mobile Einsatzteams aktivieren. Ab Kriegsausbruch am 24. Februar erhielten intern Vertriebene in Bahnhöfen, Notunterkünften und Spitälern vieler Regionen psychologische Unterstützung. «Es finden Konsultationen zur Abklärung der Bedürfnisse statt, danach werden Therapiesitzungen und wenn nötig medikamentöse Behandlungen durchgeführt», erklärt Petro Ilkiv, nationaler Projektleiter der Schweizer Botschaft in der Ukraine, und fügt an: «Die Kriegstraumata zu heilen wird in den kommenden Jahren zu einem sehr langen Marathon werden.»

Zerstörte Schule in der südukrainischen Stadt Cherson Ende Oktober 2022 nach dem Abzug der russischen Truppen.

© © Ivor Prickett/NYT/Redux/laif

Im Juni organisierte das Projekt Decide in 13 sicheren Gemeinden Sommerclubs für Vertriebene. «Fast 7000 Kinder und 400 Lehrkräfte nahmen daran teil. Ziel war es, dass sich jedes Kind überall in jeder Region der Ukraine zu Hause fühlen konnte», erklärt Ilona Postemska, und fügt an: «In den Sommerclubs ging es um Demokratie- und Menschenrechtsbildung, aber auch um Erste Hilfe sowie Verhaltensregeln in verminten Gebieten. Die Kinder konnten sich auch mit Kunsttherapie beschäftigen.»

Nach den Sommerferien wurde der Unterricht wieder aufgenommen. Kinder, die nicht zur Schule gehen können, arbeiten auf der Plattform «All-Ukrainian Online School», deren Entwicklung die Schweiz während der Corona-Pandemie finanziert hatte. Den Schülerinnen und Schülern der fünften bis neunten Klasse werden Videolektionen, Tests und Unterrichtsmaterial für 18 Fächer – von ukrainischer Sprache und Literatur über Mathematik und Biologie bis zu Kunst – zur Verfügung gestellt.

Vielfältig nutzbare Plattform

Die Plattform ermöglicht neben Online-Unterricht auch das Ablegen von Tests sowie das Scannen von Schulunterlagen und Abschlusszeugnisse. Sie wird von hunderttausenden vertriebenen Kindern in der Ukraine, aber auch von geflüchteten in 133 weiteren Ländern inklusive der Schweiz genutzt. Die Anleitungen für das Portal wurden in zehn Sprachen übersetzt, damit Lehrpersonen im Ausland den ukrainischen Kindern zur Seite stehen können.

Die Kinder werden auch durch ein weiteres Projekt mit dem Namen EGAP (E-Governance for Accountability and Participation) unterstützt: Ein intern Vertriebener organisiert in Bar, einer Stadt in der Oblast Winnyzja im Zentrum des Landes Informatikkurse, für welche EGAP unter anderem Laptops zur Verfügung stellt. «Wir freuen uns, dass die Kinder unserer Gemeinde Kenntnisse in digitaler Kultur, Grafik

und Animation vermittelt bekommen. Sie sind begeistert, neue Fähigkeiten zu erwerben», freut sich Igor Stavniuk, Sekretär des Exekutivausschusses des Gemeinderats von Bar.

Notfallwarnungen und Entschädigungsanträge

Vor dem Krieg unterstützte EGAP die ukrainischen Gemeinden bei der Digitalisierung ihrer Dienstleistungen, um Bürgerbeteiligung, Transparenz und Effizienz zu fördern. Die ursprünglich für Petitionen, Online-Konsultationen und partizipative Budgetierung entwickelte Plattform informiert heute die Bevölkerung mit Notfallwarnungen über Bedrohungen aus der Luft oder potenziell explosive Objekte. Weitere Dienstleistungen, die eingeführt wurden: die Bereitstellung digitaler Reisedokumente, die Registrierung von Binnenvertriebenen und die Digitalisierung ihrer Krankendaten, damit sie weiterhin öffentliche Dienstleistungen in Anspruch nehmen können.

Überdies wurde eine Webseite angeschaltet, auf der Ukrainerinnen und Ukrainer, die unter russischen Aggressionen gelitten haben, beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte einen Entschädigungsantrag einreichen können. «Drei Millionen Menschen haben sich die Site angeschaut, 7600 haben das Formular ausgefüllt», sagt Ilona Postemska.

Dies sind nur einige Beispiele von Dutzenden von Projekten, die an die neue Situation angepasst wurden. Dank dem langjährigen Engagement der DEZA in der Ukraine war und ist rasche und umfangreiche humanitäre Hilfe möglich, während die Zusammenarbeitsprogramme konsequent umfunktioniert werden konnten. ■

AKTIONSPLAN FÜR DEN WINTER

Der strenge Winter stellt die vom Krieg gebeutelte ukrainische Bevölkerung vor zusätzliche Herausforderungen. Mehr als 30 Prozent der Energieinfrastrukturen im Land sind beschädigt. Vielerorts sind der Zugang zu Trinkwasser und die Stromversorgung nicht mehr gewährleistet und die Telekommunikation fällt wegen gezielter Angriffe Russlands aus. Angesichts dieser Notlage sind die Gemeinden auf verstärkte Hilfe angewiesen. Für den zeitnahen Wiederaufbau der Energieversorgung hat der Bundesrat 100 Millionen Franken bereitgestellt. Die Schweiz unterstützt ukrainische Energiesorger bei der Finanzierung von Energiequellen und beim Ersatzteilnachschub. Im Hinblick auf den Transport von Gütern wie Getreide trägt sie zur Instandsetzung der Schienenbefestigungssysteme bei. Zudem gibt sie Lebensmittel an besonders verletzte Personen ab und hilft ihnen, ihre Fenster zu ersetzen und ihre Häuser zu isolieren.

BARGELD FÜR VERTRIEBENE FAMILIEN

Infolge der russischen Invasion verloren Tausende Ukrainerinnen und Ukrainer ihre Arbeit. Viele Familien haben ihre Ersparnisse aufgebraucht und kommen kaum noch über die Runden. Deshalb unterstützt die Humanitäre Hilfe der Schweiz das Caritas-Projekt «Cash», das besonders verletzte binnervertriebene Familien mit Bargeld versorgt. «Die Bargeldhilfe ermöglicht den Familien, ihren Lebensunterhalt in Würde zu bestreiten. Gleichzeitig wird die lokale Wirtschaft gestärkt», sagt Lukáš Voborský, Leiter der Ukrainehilfe bei Caritas Schweiz. Da die meisten Lebensmittel und Gebrauchsgüter erhältlich sind, wird auf diese Weise Geld in den Markt gepumpt. Das Projekt bietet neben psychosozialer Unterstützung auch Hilfe im administrativen Bereich und verschafft vielen Menschen Monat für Monat eine unmittelbare Erleichterung.

Position

GRAZIE ALLA PLURALITÀ

Meine Neujahrskarte für 2023 zeigt die Silhouetten von sechs heimischen Teekräutern: Ringelblume, Grüne Minze, Echte Kamille, Kornblume, Edelweiss und Oregano. Die Pflanzen symbolisieren die Vielfalt, das Motto der Karte lautet: «Grazie alla pluralità»! Die Teekräuter entfalten den helvetischen Geschmack. Sie stehen auch für die Vielfalt der Natur und damit für die Biodiversität – dem Dossierthema der aktuellen Ausgabe von «Eine Welt».

Darüber hinaus illustrieren die sechs Pflanzen die Vielfalt der Sprachen, Kulturen und Meinungen in unserem Land: Sie ist eine Stärke der Schweiz und ein wichtiger Motor. Und sie fordert uns heraus! Denn nur, wenn wir zu dieser Vielfalt Sorge tragen, bleiben wir offen für andere Sichtweisen. Diese Vielfalt zu leben ist dann eine Quelle der Innovation!

Um aktuelle Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen, sind innovative Ansätze wichtig. Die Schweiz ist hier gut aufgestellt. Deshalb konnte ein Expertenteam unserer Humanitären Hilfe nur drei Tage nach Beginn der militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine schon die Bedürfnisse in der Region ausloten. Kurz danach lieferte ein erster Transport dringend benötigtes Material an die vom Krieg betroffenen Menschen.

Bis heute hat die Schweiz auf verschiedene Weise in der Ukraine helfen können. Mit Nothilfe, wo dies dringlich war. Bei der Wintervorbereitung von Familien und Gemeinden. Bei der Instandstellung zerstörter ziviler Infrastruktur. Und – langfristig – bei der Gestaltung des politischen Rahmens für den Wiederaufbau des Landes: Mit den Lugano Principles, die an der Lugano Recovery Conference 2022 von 59 Staaten und Organisationen verabschiedet

wurden. Innovativ zu sein, gilt auch für die weiteren Ziele der Internationalen Zusammenarbeit.

Verbinden wir neue Technologien mit Schweizer Expertise, wird unsere Arbeit wirksamer. So lässt sich mit Satelliten- und Drohrendaten die Vorhersage von Ernten verbessern. Können Rechnungen via Mobiltelefon bezahlt werden, hilft dies vielen Menschen – nicht nur in unwegsamem Gebiet. Und ein besserer Zugang zu Information führt zu mehr Transparenz in demokratischen Prozessen. Hinter diesen Beispielen steht jeweils eine Vielfalt von Sichtweisen, die zu innovativen Ansätzen gebündelt wurden.

Innovation benötigen wir auch zur Erhaltung der Biodiversität. An der Klimakonferenz COP 27 in Ägypten habe ich im letzten November erläutert, wie die Schweiz die Folgen des Klimawandels bekämpft. Dieser bedroht auch die Biodiversität. Wollen wir die Vielfalt der Natur bewahren, braucht es die vielfältige Aktivität aller Staaten. Die Schweiz bringt ihr Wissen heute schon ein. Auch dafür stehen die sechs Teekräuter auf der Neujahrskarte 2023.

*Bundesrat Ignazio Cassis
EDA-Vorsteher*



WEGBEREITER FÜR VERANTWORTUNGSVOLLE INVESTITIONEN

Die Schweiz engagiert sich wesentlich für die Anwendung der Grundsätze für verantwortungsvolle Investitionen in die Landwirtschaft und Ernährungssicherheit, die 2014 vom UN-Welternährungsausschuss verabschiedet wurden. Doch bis zur vollständigen Umsetzung ist es ein langer Weg.

Text: Samanta Siegfried

Die Weltbevölkerung wächst und damit die weltweite Nachfrage nach Nahrungsmitteln. Um diese zu bewältigen, muss mehr in die Landwirtschaft investiert werden. Doch gerade dort entscheidet sich wegweisendes: Kurzfristige und nicht nachhaltige Investitionen können die Problematik von Hunger, Armut und Klimakatastrophen verschärfen. Um dies zu verhindern, hat der Ausschuss für Welternährungssicherheit der Vereinten Nationen (CFS) 2014 die Grundsätze für verantwortungsvolle Investitionen in die Landwirtschaft und Ernährungssysteme verabschiedet. Sie sollen vor allem Regierungen und privaten Investoren als Richtschnur dienen, damit die in ihrem Land getätigten Investitionen nachhaltig sind und die Ernährungssicherheit der ärmsten Bevölkerung an erster Stelle steht.

Zu den zehn Punkten gehören Leitlinien zu Eigentums- und Nutzungs-

rechten für Landinvestitionen, die Kleinbauern vor unfairem Landraub schützen sollen. Auch die Förderung von Frauen und jungen Menschen in der Landwirtschaft und Massnahmen für den Klimaschutz sind aufgeführt.

Die Schweiz hatte 2012 den Vorsitz bei den Verhandlungen in Rom. «Es war ein Meilenstein, solche Grundsätze zu er-

arbeiten», sagt Christina Blank von der DEZA, die in Rom die Arbeitsgruppe leitete. «Doch anschliessend stellt sich die Frage: Wie wird das globale Regelwerk in die Praxis umgesetzt, damit schlussendlich die verletzlichsten Bevölkerungsschichten davon profitieren?» Die Grundsätze sind zwar weltweit anerkannt, aber freiwillig und nicht rechtsverbindlich.



Burkina Faso hat 2018 ein neues Agrarinvestitionsgesetz verabschiedet: Hirte mit seiner Zebu- und Rinderherde in der Region Cascades im Westen des Landes.

© Franck Guizou/hemis/afif

Deshalb müssten vor allem Regierungen und Parlamentarier sensibilisiert, die rechtlichen Rahmenbedingungen für landwirtschaftliche Investitionen in Entwicklungsländern gestärkt und der Privatsektor adressiert werden. Die Schweiz gehört zu den Staaten, die sich stark für deren Umsetzung einsetzen. Dafür arbeitet sie eng mit dem International Institut for Sustainable Development (IISD) zusammen, einer internationalen Denkfabrik, die sich mit der Gouvernanz der nachhaltigen Entwicklung befasst. Unter anderem berät und schult sie Regierungsvertreterinnen und Parlamentarier in Ländern des Globalen Südens darin, die CFS-Prinzipien in die Praxis umzusetzen.

Beispiel Burkina Faso

Sean Woolfrey, leitender Berater beim IISD, erklärt: «Wir entwickeln etwa rechtliche und politische Instrumente, zum Beispiel Musterverträge, mit denen Regierungsvertreter sicherstellen können, dass private Investitionen sozial und ökologisch verantwortungsvoll sind.»

Was trocken klingt, kann richtungweisende Entscheide beeinflussen, wie ein Beispiel aus Burkina Faso zeigt. Im Jahr 2018 wurde dort ein neues Agrarinvestitionsgesetz verabschiedet, das verantwortungsvolle Investitionen in Viehzucht, Fischerei, Forstwirtschaft und Tierhaltung fördern soll. Zusammen mit lokalen Partnern hat das IISD das Ministerium für Landwirtschaft und Ernährungssicherheit von Burkina Faso beim Entwurf dieses neuen Gesetzes beraten und sichergestellt, dass es mit den CFS-Grundsätzen in Einklang steht. Dabei gab es Empfehlungen ab, die in den Gesetzestext eingearbeitet wurden, insbesondere zu Rechten und Pflichten von Investoren oder der Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen.

Während das IISD für die Regierungsvertreterinnen rechtliche Unterstützung leistet, will es auf der parlamentarischen Ebene sensibilisieren. «Wenn Parlamentsmitglieder erst einmal verstanden haben, warum verantwortungsvolle Investitionen in die Agrarwirtschaft wichtig sind und was damit zusammenhängt, sind sie eher bereit, ihre Regierungen zur Verbesserung der Gesetze zu drängen», sagt Woolfrey.

Zu diesem Zweck hat das IISD zusammen mit der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) ein praktisches Handbuch entwickelt, das Parlamentsmitgliedern als Leitfaden für verantwortungsvolle Investitionen in der Landwirtschaft dient. Darüber hinaus half es bei der Gründung des ECOWAS-Netzwerks von Parlamentarierinnen und Parlamentariern, das die Gleichstellung der Geschlechter in Zusammenhang mit nachhaltigen Investitionen in Landwirtschaft und Ernährungssysteme in Westafrika fördern soll.

Solide Grundlagen führen zu Erfolg

Für Woolfrey besteht eine der Erkenntnisse der letzten Jahre darin, dass «die Leitlinien zwar universell sind, es aber hilfreich ist, sie an unterschiedliche Kontexte anzupassen». So war das IISD mit Unterstützung der DEZA, der FAO und Grow Asia an der Ausarbeitung der ASEAN-Leitlinien für die asiatischen Staaten beteiligt, der ersten regionalen Version der CFS-Grundsätze. Seit deren Verabschiedung arbeitet es mit den Regierungen der ASEAN-Mitgliedstaaten, dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft zusammen, um die Leitlinien in die Praxis umzusetzen.

Doch bis zur vollständigen Umsetzung der Leitlinien sei es ein langer Prozess, räumt Woolfrey ein. «In einigen Fällen zeigen sich die Ergebnisse unserer Arbeit erst Jahre später, beispielsweise wenn eine Regierung ein neues Gesetz verabschiedet oder erfolgreich mit privaten Investoren verhandelt hat.» Doch er ist überzeugt: «In solide rechtliche und politische Grundlagen zu investieren, führt zu langfristigen Erfolgen.» ■





ENGAGIERTER KAMPF GEGEN DIE FÄKALE GEFAHR

Die Entsorgung von Abwasser, Fäkalien und Urin ist eine Herkulesaufgabe in den Flüchtlingslagern von Cox's Bazar in Bangladesch, wo eine der höchsten Bevölkerungsdichten der Welt herrscht. Um Krankheiten zu vermeiden, erweist sich die Überwachung der Funktionstüchtigkeit der Abwasseranlagen als entscheidend. Die Schweiz hat in Bangladesch ein Labor zur Analyse des von Exkrementen befreiten Restabwassers eingerichtet.

Text: Zélie Schaller

August 2017: Hunderttausende Rohingya fliehen vor den Gewalttätigkeiten der Armee und buddhistischer Milizen aus Myanmar. Die meisten Familien landen in Cox's Bazar im benachbarten Bangladesch, wo sich heute der weltweit grösste Komplex von Flüchtlingslagern befindet. Hier leben rund 1,2 Millionen Menschen unter prekärsten Bedingungen. Sie leben zusammengepfercht in

Hütten aus Planen, Bambus und Blech, haben mit zahlreichen Hygieneproblemen zu kämpfen und riskieren Krankheiten wie akuten Durchfall, Atemwegsinfektionen und Hautkrankheiten wie Krätze.

Zwar hat sich die Trinkwasserversorgung verbessert, doch die Entsorgung von Klärschlamm bleibt bei täglich

1200 Kubikmeter Fäkalien eine grosse Herausforderung. Sie spielt eine zentrale Rolle, wenn es darum geht, die Lebensumstände der Geflüchteten zu verbessern. Durch eine qualitativ gute Behandlung der Ausscheidungen aus den Gemeinschaftslatrinen werden die natürlicherweise vorhandenen Krankheitskeime und Verunreinigungen eliminiert. Behandeln die 205 Abwas-

Im Flüchtlingslager Cox's Bazar führen Mitarbeiter des Analyselabors Abwasserproben durch.

© iidd

seranlagen den Klärschlamm jedoch falsch oder gar nicht, indem sie diesen direkt in die Umwelt entsorgen, kann er die menschliche Gesundheit und die Umwelt ernsthaft gefährden.

Schweizer Ausbildung in Analysetechnik

Um diese zu schützen, braucht es allerdings zuverlässige Daten. Die DEZA unterstützt deshalb die Abteilung Gesundheitstechnologien (DPHE) in Cox's Bazar bei der Einrichtung des Analyselabors Faecal Sludge Laboratory (FSL). «Dieses analysiert das geklärte Abwasser und stellt sicher, dass es den behördlichen Vorgaben zur Abwasserbehandlung entspricht. Ziel ist es, die Gesundheit der Rohingya und der Bevölkerung des Gastgeberlandes zu gewährleisten», sagt Mohammad Shahidul Islam, Leiter des Labors.

Das FSL nahm seinen Betrieb im Januar 2021 auf. Die Schweiz lieferte die Ausrüstung und Betriebsmittel für die Analyse von rund 1000 Proben pro Jahr und bezahlt die Gehälter der sechs lokalen Mitarbeiter. Diese erhielten eine Spezialausbildung in Analysetechnik, durchgeführt von DEZA-Experten, des Labors Spiez und der Eidgenössischen Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz (Eawag). Der Unterricht fand online und vor Ort statt. Behandelt wurden Prüfverfahren, Probenentnahmen sowie deren Dokumentation.

Neben dem Leiter des Labors besteht das Team aus zwei Labortechnikerinnen und drei Probensammlern. Sie gehen viermal pro Jahr mit ihrem speziell ausgerüsteten Fahrzeug von einer Klär-

anlage zur nächsten und entnehmen die Proben eigenhändig; von Drittpersonen entnommene Proben werden nicht akzeptiert.

Nach dem Einsammeln kommen die Labortechnikerinnen zum Zug. Sie analysieren zehn physikalisch-chemische Parameter, darunter die pH-, Nitrat- und Phosphatwerte sowie das Vorhandensein von Kolibakterien. Anschliessend wird überprüft, ob die Ergebnisse den behördlichen Vorgaben entsprechen. Übersteigen sie die zulässige Bandbreite, informiert das FSL die Verantwortlichen der betroffenen Kläranlagen und reicht einen schriftlichen Bericht nach, der die vorgefundenen Probleme beschreibt.

Der Anlagebetreiber hat dann einen Monat Zeit, um den Klärprozess zu verbessern. Danach erfolgt ein erneuter Besuch des FSL. Bei alarmierenden Zuständen kann das Umweltministerium die Kläranlage vorübergehend stilllegen, bis der Betreiber einen effizienten Betrieb nachweisen kann.

Unmittelbare Auswirkungen auf Gesundheit und Wohlbefinden

«Die Veröffentlichung der Ergebnisse ermöglicht einen Dialog mit den Akteuren vor Ort über die erforderlichen Massnahmen», betont Didier Boissavi, Leiter der Programme für Wasser, Hygiene und Abwasser des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) in Cox's Bazar. «Alle Klärbetriebe machen bei der Umsetzung der Prozesse engagiert mit», unterstreicht Mohammad Shahidul Islam und fügt an: «Von der ersten zur zweiten Probenentnahme haben sich die Ergebnisse um 27,4 Prozent verbessert.»

«Über diesen Leistungsausweis hinaus bestätigen uns die Laboranalysen, mit welchen Ansätzen und Technologien sich das Klärschlammproblem am besten angehen lässt. Die Analysen stärken zudem den Behörden bei der Kontrolle des geklärten Abwassers den Rücken»,

freut sich Didier Boissavi. Auch Christopher Friedrich, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Eawag, ist mit den in Cox's Bazar gesammelten Daten zufrieden: «Man kann nicht genug betonen, wie wichtig sie für den gesamten Wasser/Hygiene/Abwasser-Bereich sind. Sie wirken sich unmittelbar auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Bewohnerinnen und Bewohner der Flüchtlingslager aus», stellt er in einem Bericht vom vergangenen Sommer fest. ■

DIE KETTE DER ABWASSERENTSORGUNG

Der Umgang mit Klärschlamm im prekären humanitären Bereich ist besonders komplex. Fehlt eine richtige Kanalisation, werden die menschlichen Ausscheidungen in tausenden von Latrinen isoliert, dann möglichst sicher eingesammelt, abtransportiert und geklärt. In dicht besiedelten Gebieten wie den Flüchtlingslagern in Cox's Bazar darf kein Glied der Abwasserkette unberücksichtigt bleiben, um Gesundheitsrisiken zu vermeiden. Hohe Standards sind umso wichtiger, als die Abwässer aus den Latrinen stärker mit Krankheitserregern belastet sind als übliche Haushaltabwasser. In den Flüchtlingslagern von Cox's Bazar wird inzwischen der gesamte Fäkalschlamm abgesaugt und Kläranlagen zugeführt. Doch noch immer gibt es viel zu tun: Einerseits gilt es, die Arbeit der Freiwilligen würdig zu gestalten, andererseits die Effizienz der Kläranlagen zu steigern. «Das Einrichten eines Labors zur Analyse von Abwässern ist Teil der Sanitärkette und unterstützt das Engagement der humanitären Akteure, weil es die Risiken für Gesundheit und Umwelt senkt», sagt Didier Boissavi, Verantwortlicher für Wasser, Hygiene und Abwasser beim Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) in Cox's Bazar.



RELIGION UND ENTWICKLUNG – (WIE) GEHT DAS ZUSAMMEN?

Religion gilt weltweit als Quelle von Konflikten. Doch sind es gerade auch religiöse Akteure, die sich für die ärmsten Bevölkerungsschichten einsetzen. Was braucht es, damit Religion eine Chance für die Entwicklung eines Landes sein kann, statt sie zu bremsen?

Text: Samanta Siegfried

Schiiten gegen Sunniten in Syrien, Christen gegen Muslime in der Zentralafrikanischen Republik, Buddhisten gegen Hinduisten in Sri Lanka. Religion scheint Quelle zahlreicher Konflikte weltweit zu sein. Der Anteil der bewaffneten Auseinandersetzungen, in denen Religion involviert ist, hat sich in 40 Jahren verdoppelt – von einem Drittel 1975 zu zwei Dritteln 2015. Allerdings hat die Friedens- und Konfliktforschung auch aufgezeigt, dass Religionen praktisch nie die eigentliche, alleinige Ursache von Konflikten sind.

«Konflikte sind sehr komplex und vielschichtig», sagt Katharina Gfeller, Leiterin der Abteilung internationale Beziehungen der evangelischen Missionsorganisation Mission 21. «Dahinter stehen oftmals politische und wirtschaftliche Machtinteressen, wobei religiöse Zugehörigkeit instrumentalisiert werden kann.»

Fest steht: Religiöse Werte und Überzeugungen beeinflussen das Denken und Handeln von Milliarden Menschen:

Für vier von fünf Menschen weltweit ist Religion wichtig. Das trifft insbesondere auf die Partnerländer der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zu, wo Religion und Spiritualität fest im Alltag verankert ist.

Basisnah und gut vernetzt

Dort kann man auch das Potenzial beobachten, das Religion hervorbringen kann: Religiöse Akteure engagieren sich auf vielfältige Weise für die Verbesserung der Lebensbedingungen und eine nachhaltige Entwicklung. Gesundheitsversorgung, Bildungsangebote und andere soziale Dienste werden zu grossen Teilen von Religionsgemeinschaften getragen, in Uganda sind es beispielsweise gar über 50 Prozent.

Das verleiht religiösen Akteuren einen hohen Stellenwert. Die Partner, mit denen Mission 21 zusammenarbeitet, seien besonders verwurzelt in der Zivilgesellschaft. «Sie sind dort präsent, wo staatliche Strukturen fehlen und bieten auch unter widrigsten Umständen noch Schutzräume. Sie sind basisnah, breit vernetzt und geniessen grosses Vertrauen der Bevölkerung», sagt Gfeller. Sie erzählt von einem kirchlich geführten Frauenhaus in Indonesien, das in Zusammenarbeit mit einer muslimischen Organisation, Schutz und Betreuung für Gewaltbetroffene bietet. Oder von einem Projekt, das Christen

und Muslime in der von Gewalt betroffenen Region Nigerias in Gemeinschaften zusammenbringt.

Auch auf nationaler und internationaler Ebene seien religiöse Akteure vernetzt und wirkten teilweise an wichtigen politischen Prozessen mit, wie ein Beispiel aus dem Südsudan zeigt. Dort haben sich evangelische wie katholische Kirchenangehörige, darunter auch Frauengruppen, massgeblich an dem Friedensprozess beteiligt, der im September 2018 zum Friedensabkommen führte.

In der Entwicklungspolitik wurde die zentrale Bedeutung von Religion und Spiritualität jedoch lange vernachlässigt. «Wir in Westeuropa sind grösstenteils in einem säkularen Umfeld aufgewachsen, in dem Religion bestenfalls als Privatsache gilt», sagt Gfeller.

Hand in Hand: Materielle und spirituelle Entwicklung

Erst in den letzten rund 15 Jahren gelangt das Thema verstärkt auf die Agenda der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. So hat zum Beispiel das deutsche Bundesministerium für Entwicklung (BMZ) 2016 beschlossen, Religionsgemeinschaften stärker als Partner miteinzubeziehen, um die globalen Entwicklungsziele der Agenda 2030 zu erreichen. Interreligiöse Dialoge

Eine Klosterschwester bereitet in Keur Moussa in der Region Thiès im Westen Senegals eine Impfung vor.

© Gadong/robertharding/laif

sollen gezielter gefördert und deutsche Fachleute vor ihren Einsätzen im Ausland geschult werden, damit sie künftig sensibler auf religiöse und kulturelle Traditionen und Haltungen reagieren können.

Das sieht auch Katharina Gfeller als zentral: «Die Bedeutung von Religion und Spiritualität in den Partnerländern anzuerkennen, hat auch viel mit Konfliktsensitivität zu tun.» Dabei sollte laut Gfeller der Begriff Entwicklung kritisch hinterfragt werden. «Was wir unter Entwicklung verstehen, muss nicht das sein, was eine Frau aus den Anden darunter versteht.» Für manche Bevölkerungsgruppen gehe die materielle und spirituelle Entwicklung Hand in Hand, die Verbindung zum Kosmos gehöre zu einem erfüllten Leben dazu.

Skepsis kommt nicht von ungefähr

Die Schweiz hatte sich bereits 2003 entschlossen, dem Thema Religion mehr Beachtung zu schenken. Damals initiierte die DEZA ein mehrjähriges Forschungsprojekt, das von der damaligen Direktorin der NGO Fastenopfer (heute Fastenaktion) Anne-Marie Holenstein geleitet wurde. Daraus ist ein umfassendes Reflexions- und Arbeitspapier mit dem Titel «Entwicklung und Religion» entstanden. Holenstein hebt darin auch hervor, dass besonders

persönliche Offenheit wichtig sei, um zu erfahren, was Religion und Spiritualität für die Menschen bedeute, mit denen man zusammenarbeite. Seit das Projekt 2010 abgeschlossen wurde, hat die DEZA das Thema allerdings nicht mehr gesondert aufgenommen. Die religiöse Dimension sei aber in vielen Programmen integriert und zentraler Bestandteil jeder Kontextanalyse, heisst es auf Anfrage.

Besondere Aufmerksamkeit findet das Thema in der Schweizer Friedenspolitik aus. Seit 2004 hat das EDA in Zusammenarbeit mit akademischen Institutionen und NGOs, eine Reihe von Projekten zur Konflikttransformation zwischen Akteuren mit unterschiedlichen Weltanschauungen durchgeführt. Zudem bietet es zusammen mit dem Zentrum für Sicherheitsstudien der ETH Zürich jährlich einen Kurs zum Thema «Religion und Mediation» an.

Geht es nach Claudia Hoffmann, Privatdozentin für interkulturelle Theologie an der Universität Basel, wird Religion und Spiritualität in der Entwicklungszusammenarbeit noch immer etwas zu stiefmütterlich behandelt. «Religiöse Organisationen stehen immer ein wenig in Verdacht, etwas falsch zu machen», sagt Hoffmann.

Wobei die Skepsis nicht von ungefähr kommt. Religiöse Gruppierungen können ihre Gesinnung als absolute Wahr-

heit beanspruchen, was Intoleranz und Diskriminierung bis hin zur Gewalt zur Folge haben kann. So betrachtet, kann Religion auch die Entwicklung eines Landes bremsen. Denkt man etwa an die Ablehnung gegenüber HIV-Infizierten, der Rechte von Frauen oder Minderheiten, bis zu menschenrechtsverletzenden Praktiken wie Genitalbeschneidung.

Aus- und Weiterbildungsangebote für religiöse Schlüsselakteure

Davon spricht auch Hoffmann in einem Beitrag, in dem sie die Frage untersuchte, inwiefern religiöse Organisationen zur Gleichstellung der Geschlechter beitragen können. «Gerade in der Zusammenarbeit mit religiösen Organisationen liegt eine Chance, über solche schwierige moralischen Werte zu sprechen», sagt Hoffmann. Etwa, indem sie für religiöse Schlüsselakteure Aus- oder Weiterbildungen anbieten, in denen fundamentalistische Positionen und Stereotypen hinterfragt würden, was sich wiederum auf die Gemeinschaft auswirke.

Ein Beispiel, das kürzlich international Beachtung fand, kommt aus Mauretanien: Dort kämpft ein Imam gegen Genitalverstümmelung. Der muslimische Geistliche habe durch die Sensibilisierungsarbeit der NGO World Vision erkannt, welche Gefahren daraus hervorgehen. Seither besucht er Familien, um mit ihnen die Praxis zu diskutieren und zu hinterfragen. Denn er sei sich seiner Macht bewusst, wie er in einem Bericht gegenüber World Vision sagte: «Als Religionsführer gelingt es mir leichter, an jahrhundertalten Traditionen zu rütteln.» ■



Trauma-, Versöhnungs- und Friedensarbeit von Mitarbeitenden der Presbyterianischen Kirche des Südsudans im kenianischen Flüchtlingslager Kakuma, nahe der südsudanesischen Grenze.

© mission21

Carte blanche

AFRIKA UND DER NEUE KALTE KRIEG

Im jahrhundertalten Verhältnis zwischen Europa und Afrika kommt es wegen des Kriegs in der Ukraine zu unerwarteten Spannungen. Zwar führte die Globalisierung der Wirtschaft zu gegenseitiger Abhängigkeit, aber der russische Angriff auf die Ukraine hat die Labilität der Beziehungen und die von gegensätzlichen Interessen geprägten Positionsbezüge in den Vordergrund gerückt.

Die UN-Abstimmungen zur Ukraine am 2. März und zu den Annexionen Russlands am 30. September letzten Jahres warfen ein Schlaglicht auf das spezifi-



FLORENT COUAO-ZOTTI aus Benin ist Schriftsteller, Journalist und Kunstkritiker. Er hat in Frankreich zwei Dutzend Romane, Novellen und Theaterstücke publiziert und wurde mehrfach ausgezeichnet, etwa 2019 mit dem Prix Roland Jouvanel der Académie française. Er lebt und arbeitet in Cotonou, der wirtschaftlich wichtigsten und grössten Stadt Benins.

sche Narrativ vieler afrikanischer Länder. Während Europa und Nordamerika voll und ganz hinter den UN-Resolutionen standen, enthielten sich die meisten Staaten Afrikas der Stimme. Eine von der Europäischen Union – deren Präsidentin diese Länder an den Pranger stellte und ihnen gar die Unterstützung entziehen wollte – als «suspekt» empfundene Haltung. Die USA hingegen verabschiedeten ihrerseits den «Countering Malign Russian Activities in Africa Act», ein Gesetz zur Bekämpfung «hinterhältiger» russischer Aktivitäten in Afrika. Mit anderen Worten: Allein die westlichen Mächte wissen, was für Afrika gut ist und mit wem es sich zu verhandeln hat. Als ob die Afrikanerinnen und Afrikaner Kinder wären, die keine andere Meinung haben oder einen unabhängigen Standpunkt einnehmen könnten.

Dieser Positionsbezug beschäftigte die afrikanischen Führungsfiguren kaum; die Öffentlichkeit und die neonationalistischen Leader hingegen waren entrüstet. Letztere sind in den sozialen Medien sehr einflussreich und nutzten die Gunst der Stunde, um hemmungslos mit ihren radikalen Ansätzen zu hausieren. Kémi Seba in Benin, Nathalie Yamb in Kamerun und andere riefen die Jugend dazu auf, sich ihrer «den europäischen und amerikanischen Herren unterworfenen» Regenten zu entledigen. Manche politischen und intellektuellen Persönlichkeiten stiessen ins gleiche Horn und erinnerten an die verheerenden Auswirkungen der westlichen Mächte auf Afrika. Der Fall Frankreich-Afrika, dieses nebulöse Erbe der Entkolonialisierung, kam wieder aufs Tapet.

Die Neo-Panafrikanisten werfen Frankreich vor, die Demokratiebestrebungen der Völker auf dem Altar eigener Interessen zu opfern und fragen: Wie kann das Land der Menschenrechte vor diesen Leuten bestehen, wenn es Diktatoren stützt, die sich nach manipulierten Wahlen an der Macht halten? Wie kann man Frankreich glauben, das sich weigert, den CFA abzuschaffen, eine Währung, die die Souveränität der Länder der CFA-Franc-Zone gewährleisten soll?

Statt diese Analysen zu berücksichtigen, hat es sich Paris zu einfach gemacht: Staatspräsident Emmanuel Macron beschuldigte Russland und China, an der «antifranzösischen» Stimmung schuld zu sein. Seiner Meinung nach vermitteln diese Länder das Bild Frankreichs als neokolonialistische Nation mit ihrer «Besatzungsarmee».

Damit hat es Paris verpasst, erst einmal in sich zu gehen. Emmanuel Macron reagiert auf die unverkrampfte Jugend mit dem Drohfinger: Einreise- und Aufenthaltsverweigerung in Europa sowie Sperrung der Konten ihrer Anführer. Mit diesem Verhalten verpasst er einen historischen Kompromiss, der die Beziehung zur afrikanischen Elite von morgen verändern könnte. Es sind andere, bescheidenere und realistischere Nationen, die dies tun werden werden. ■

MAPUTOS VIBRIERENDES KULTURZENTRUM

In Mosambik bleiben Kulturschaffende allzu oft unter sich. Aus diesem Grund ist in Maputo das Kulturzentrum 16NetO als Begegnungsort für kreative Kommunikation entstanden. Dieser zentrale Ort bietet jungen Talenten Raum, Wissen und Synergien, um sie national, regional und international bekannt zu machen.

Text: Zélie Schaller

Begegnungsort und Austauschplattform, dynamisches Kulturprogramm mit Ausstellungen, Konzerten, Tanz, Literatur, Kino und Talkshows, Co-Working-Spaces, Bar, Restaurant und Schneiderwerkstatt-Boutique: Willkommen im 16NetO, dem hybriden Kulturzentrum im Herzen von Mosambiks Hauptstadt Maputo. Seine Mission: Es soll neuen Kunstschaffenden Türen öffnen, ihnen zuhören, sie begleiten und ihnen eine Bühne bieten und parallel dazu auf eine vernetzte, kreative und inklusive mosambikanische Gesellschaft hinarbeiten.

16NetO wurde 2016 von drei Freundinnen gegründet und verbindet Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen und regt Synergien an. «Unser Ziel ist es, einen einladenden Ort zu schaffen, an dem unterschiedliche Projekte entstehen können», erklärt Élodie Finel, die Leiterin des Zentrums.

Von der Kunstmesse bis zu Festivals

Das ursprünglich vollständig über Einnahmen aus Coworking, Eintrittsen und Gastronomie finanzierte Zentrum wird seit 2018 von der DEZA unterstützt. Dank dieser Unterstützung konnte das Angebot mit zusätzlichen Konzerten, Performances und Ausstellungen ergänzt werden. Darüber hinaus wurde die Kunstmesse «Art Bazar» gegründet, mit der junge Kunstschaffende aus den

Musik, Multimedia, Fotografie und Strassenkunst: verbindende und ausgelassene Stimmung am Gala-Gala-Festival im 16NetO.

© 16NetO

Bereichen Malerei, Keramik, Digitalkunst eine Bühne erhalten.

2020 lancierte 16NetO zusammen mit acht weiteren Kulturförderern aus Maputo das Gala-Gala-Festival, an welchem eine Woche lang unter anderem Musik, Multimedia, Fotografie und Strassenkunst geboten wurde. Auf Vorschlag der DEZA übernahm das Zentrum 2021 die Initiative «Maputo Fast Forward». Das Projekt besteht aus drei Teilen: einem Festival mit Tagungen, Workshops, Konzerten, Filmen und Ausstellungen; dem wöchentlichen Online-Magazin «RADAR» mit Bei-

trägen zu Innovation und Kreativität in Mosambik, Afrika und anderswo; sowie Bildungsangebote in Form von Seminaren, Meisterklassen und Partnerschaften mit Universitäten.

Über Grenzen und Generationen hinaus

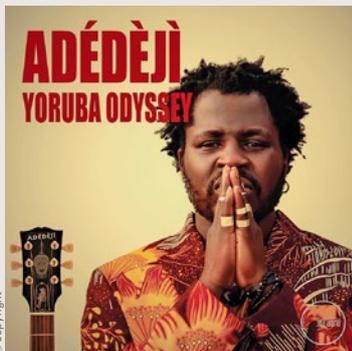
Ein ganz wichtiges Puzzle-Teil des Zentrums ist das Internet. 16NetO hat die Datenbank «artequi» und die Online-Galerie «Tela» entwickelt, um mosambikanische Kunstschaffende über die Landesgrenzen hinaus bekannt zu machen. Alle vom Zentrum organisierten Events werden im Internet übertragen und die Videos auf YouTube gespeichert.

Über die sozialen Medien und vor Ort erreicht das Zentrum ein grosses Publikum. «Es ist multikulturell, generationenübergreifend und stammt aus verschiedenen sozialen Schichten», sagt Evaro Abreu, Kulturproduzent bei 16NetO. «Die Zuschauerinnen und Zuschauer sind kunstbegeistert und das ist ein Privileg», ergänzt der mosambikanische Rapper, Komponist und Dichter Kenobi da Kaia. Erstmals vor Publikum auftreten konnte er 2018 im 16NetO: «Dieses Konzert hat mir enorme Sichtbarkeit gebracht und neue Türen geöffnet.»

Im 16NetO wurde Kenobi da Kaia auch auf die professionellen Ansprüche der Musikindustrie vorbereitet. «Wir wurden hier in die Organisations- und Managementkonzepte der Festivals und in den rechtlichen Rahmen Mosambiks eingeführt. Ich lernte, Kosten zu veranschlagen und Bewilligungs- und Unterstützungsanträge zu formulieren. Das hat mir geholfen, meine eigenen Auftritte zu organisieren, mit der ganzen Logistik und allem, was dazugehört», erzählt der Künstler und fügt an: «16NetO ist für mich ein Zuhause und das Team hier wie meine Familie.» ■

VIELBEACHTETE TALKSHOWS

Das Kulturzentrum 16NetO produziert zwei weitherum beachtete YouTube-Sendungen: «In the Kitchen» wird von Regina Dos Santos moderiert, Frontsängerin von Granmah, einer der grössten alternativen mosambikanischen Bands. Sie unterhält sich darin mit den auftretenden Künstlerinnen und Künstlern über den kreativen Prozess, die «Künstlerküche» und über Persönliches. «Behind the Mask» wurde während des Lockdowns als neue Vitrine für Kulturschaffende lanciert. Schauspieler und Performer Yuck Miranda unterhält sich darin jeweils mit drei Kunstschaffenden über den Schaffensprozess und den Kulturbetrieb. Jede Sendung endet mit einem Quiz zur mosambikanischen Kultur.



STIMMIG UND FUNKIG

(er) Er liebt Gospel, Blues, Jazz, Soul, Funk und verbindet diese Musikrichtungen mit traditionellen Yoruba-Sounds und Vintage-Afro-Beat: der nigerianische Sänger, Gitarrist und Komponist Adédèjì. Schon im Alter von 6 Jahren sang er im Kirchenchor, leitete diesen bereits als Zehnjähriger und war drei Jahre später ein gefragter Studiosänger. Noch als Teenager griff er zur

Gitarre, um schliesslich in Holland ein Musikstudium mit Bachelor-Abschluss zu absolvieren. Inzwischen trat er mit bekannten Musikern wie dem Schlagzeuger Tony Allen weltweit auf. Mit zehn Songs auf seinem dritten Album lässt Adédèjì mit fesselndem, in verschiedenste Stimmlagen tauchenden Gesang in Yoruba, Englisch und Pidgin-Englisch die Besonderheit der Yoruba-Kultur mit Rätseln und Sprichwörtern aufleben. Die Eigenständigkeit dieser Lieder wird durch meisterhaftes Gitarrenspiel, straffe Bläusersätze, groovende Rhythmen, kraftvolle weibliche und männliche Backingvocals betont, dargeboten von einer 20-köpfigen Bigband – stimmig und funky.

Adédèjì: Yoruba Odyssey (One World Records/Indigo)

MUSIK

HAUTNAH UND FERN



(er) Klangreich sind sie, voller stimmlicher und instrumentaler Feinheiten, die zu intensiven Hörflügen über eine faszinierende musikalische Landschaft des Nordens einladen: die neun Songs des zweiten Soloalbums «Kallio» (Felsen) von Päivi Hirvonen, der finnischen Sängerin, Geigerin und Spezialistin der Jouhikko – eine finnisch-karelische Leier, die gezupft oder mit einem Bogen gestrichen wird. Die vielfach ausgezeichnete Musikerin, die als promovierte Musikwissenschaftlerin auch pädagogisch tätig ist, verwebt die Saitenklänge ihrer Instrumente virtuos, wobei der tiefe Klang der Oktavgeige oft für eine eindruckliche Atmosphäre sorgt, verstärkt durch pulsierende Beats. Mit Ausnahme eines Liedes hat sie alle Instrumente selbst eingespielt. Mit ihrer aparten Stimme skizziert sie dazu Geschichten über den Alltag einer Frau mit all seinen Höhen und Tiefen, aber auch über die Rechte von Mädchen oder die Kinderlosigkeit. Die poetischen Worte und die vielseitigen

Sounds wirken mal dicht und hautnah, dann wieder abgehoben und fern.

Päivi Hirvonen: Kallio (Nordic Notes/Broken Silence)

FILME

RÜCKZUG IM LIBANON

(wr) Walid hat sich mit seiner Frau Souraya, den beiden Töchtern und der kranken Mutter aus dem in Müll und Korruption versinkenden Beirut abgesetzt und der Familie in den Hügeln fernab der Hauptstadt ein kleines Paradies mitten in Olivenhainen geschaffen. Die 16-jährige Tochter pubertiert, während ihre 9-jährige Schwester imaginäre Feinde erfindet. Das relative Glück endet am Tag, an dem unterhalb ihres Hauses eine Mülldeponie errichtet wird. Die libanesische Regisseurin Mounia Akl blickt mit «Costa Brava, Lebanon» in den Familienalltag und spiegelt im wachsenden Konflikt die Explosionen am Hafen Beiruts und die Müllkrise. Sie spielt mit den Perspektiven ihrer Figuren, hält sich akzentuiert auf Kinderhöhe der jüngeren Tochter und beschreibt ihre tiefen Dilemmas. Die Familie ist hin- und hergerissen zwischen ihrem Wunsch, wieder mit der Gesellschaft in Beirut in Kontakt zu treten, und ihrer Autarkie mitten in der Natur. Die Stärke des Films liegt darin, dass er eine viel grössere Realität durch das Prisma dieses Mikrokosmos betrachtet. So wird er zu einer vielschichtigen Metapher für die Widersprüche unserer heutigen

Gesellschaften, die einerseits den Zynismus der Politik und andererseits die Resignation gegenüber Idealen verdeutlicht. «Costa Brava, Lebanon» von Mounia Akl; Edition trigon-film auf DVD mit deutschen, französischen, italienischen und englischen Untertiteln; erhältlich über www.trigon-film.org

ALL INCLUSIVE



(ca) «Fitness auf dem Sonnendeck, eine Polonaise durch den Speisesaal, der Fototermin mit dem Kapitän oder ein Schönheitswettbewerb für Jung und Alt. Das alles und viel mehr bietet eine Kreuzfahrt. Für Spass ist rund um die Uhr gesorgt und das eigene Hotelzimmer schwimmt mit. Das Geschäft boomt, Vergnügungsferien auf hoher See liegen im Trend. Was am Ende bleibt, sind Unmengen von digitalen Erinnerungsbildern und die Abgaswolke am Horizont». So umschreibt die Filmemacherin Corina Schwingruber Ilić ihren Dokumentarfilm «All inclusive». Der ungewöhnliche Schulfilm zum Thema Kreuzfahrttourismus eröffnet einen befremdlichen Blick ohne Worte in eine Welt, in der sich Menschen zum Ausgleich für den stressigen Alltag belohnen. Der Film bietet eine ideale Ausgangslage für die Diskussion über unsere Erwartungen und Bedürfnisse ans Reisen und was die Tourismusindustrie damit macht. «All Inclusive» von Corina Schwingruber Ilić; mit passenden Impulsen für den Unterricht unter www.education21.ch (Suche: Unterricht und Schule; Lernmedien)

BÜCHER

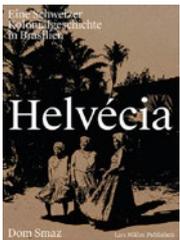
ZWEI QUERDENKER AUS KONGO UND DSCHIBUTI



(bf) Alain Mabanckou aus dem Kongo und Abdourahman Waberi aus Dschibuti präsentieren mit ihrem Buch «Der Puls Afrikas» eine ganz eigentümliche «Liebeserklärung von A bis Z»: Von Abacost

über Hottentottenvenus via Quinquéliba bis hin zu Zémidjan. Oder ist es am Ende doch eher ein Wörterbuch oder gar ein Manifest? Wie auch immer. Die beiden Schriftsteller Mabanckou – er ist auch Literaturprofessor – und Waberi – er ist auch Englischlehrer und Literaturkritiker – sind beide Preisträger des Grand Prix Littéraire d'Afrique noire und haben mit ihrem Buch eine ganz eigene Form gefunden, um die Vielfalt des afrikanischen Kontinents in Worte zu fassen. In 111 kurzen Essays und Betrachtungen voller Humor und Scharfsinn stellen sie Aspekte der Kulturen und Geschichte Afrikas vor – von Persönlichkeiten wie Ngũgĩ wa Thiong'o über historische Ereignisse bis zu Alltagsphänomenen wie der Afrofrisur und (kein Witz!) dem Maggi-Brühwürfel. Ein sehr persönliches und leichtfüssig daherkommendes Buch von zwei ungewöhnlichen Querdenkern. *«Der Puls Afrikas» von Alain Mabanckou und Abdourahman Waberi; Reclam Verlag 2022*

SCHWEIZER KOLONIALGESCHICHTE



(bf) Helvécia, eine schwarze Dorfgemeinschaft im Süden des brasilianischen Bundesstaates Bahia, verdankt ihren Namen der Plantage, aus der sie hervorgegangen ist. Sie wurde 1818 von schweizerischen und deutschen Siedlern gegründet, die durch den Kaffeeanbau auf ihren riesigen Ländereien zu grossem Reichtum gelangten. Dies wäre ohne Ausbeutung nicht möglich gewesen: Mitte des 19. Jahrhunderts kamen auf 200 weisse Siedler 2000 Sklaven afrikanischer Herkunft. Mit viel Feingefühl und im Dialog mit den Bewohnern hat

der schweizerisch-brasilianische Fotograf Dom Smaz in Helvécia nach Spuren der Vergangenheit gesucht. Seine fesselnden Bilder fangen das pulsierende Dorf und das Leben seiner Bewohnerinnen und Bewohner ein, während Essays die historischen Umstände erklären. Das entstandene Fotoalbum regt zu einer postkolonialen Auseinandersetzung mit den globalen Verflechtungen und Machtstrukturen an, die bis in die Gegenwart reichen und letztlich eine Quelle des europäischen Wohlstands sind. *«Helvécia – Eine Schweizer Kolonialgeschichte in Brasilien» von Dom Smaz und Milena Machado Neves (Hg.); Lars Müller Publishers 2022*

NICHT VERPASSEN: SALON AFRICAIN

(zs) Wie jedes Jahr findet im Rahmen der kommenden Genfer Buchmesse (22. bis 26. März) auch der Salon Africain statt. Die DEZA unterstützt die Veranstaltung seit 2014. Erneut wird dort auch der Ahmadou Kourouma-Literaturpreis verliehen. Der mit 5000 Franken dotierte Preis geht jeweils an eine Autorin oder einen Autor französischer Sprache mit afrikanischen Wurzeln oder aus Subsahara-Afrika für ein belletristisches Werk im Sinne des humanistischen Erbes des Ivorers Ahmadou Kourouma. Der 2003 verstorbene Schriftsteller revolutionierte in den 1970er-Jahren die afrikanische Literatur, indem er die afrikanische Tradition des Geschichtenerzählens in seine Romane einfließen liess. 2022 erhielt die frankokamerunische Schriftstellerin, Fotografin und Regisseurin Osvalde Lewat den Preis für ihren Romanerstling *«Les Aquatiques»*. Das Buch erzählt die Geschichte von Katmé, einer Frau in den Dreissigern, die mit einem mächtigen Mann verheiratet ist. Ihr Leben ändert sich an dem Tag, als ihr bester Freund vom Staat Zambuena verhaftet und eingesperrt wird. *Salon du livre, Palexpo Genève; 2.-26. März; www.salondulivre.ch (Suche: Prix Kourouma)*

FERNSUCHT



© Jean-Christophe Dupasquier

Menschen verbinden

Die italienisch-schweizerische Künstlerin Giulia Dabalà macht weltweiten Pop aus unterschiedlichsten Klängen. Von Neo-Soul über Elektro bis zu bulgarischer Polyphonie verbindet ihre Musik Stile und Geschmacksrichtungen, um Menschen zusammenzubringen.

Als Tochter eines humanitären Helfers wurde ich von klein auf mit verschiedenen Kulturen konfrontiert. In La Chaux-de-Fonds geboren, lebte ich bis zu meinem dritten Lebensjahr in Peru, danach zehn Jahre in Myanmar. An der Internationalen Schule in Rangun war ich mit Kindern aus 27 Nationen zusammen, entwickelte ein umfassendes Weltbild und entdeckte alle Arten von Musik. Geweckt wurde ich jeweils von den Gesängen der Mönche in den Klöstern, tagsüber hörte ich mit meinen Freundinnen amerikanischen und koreanischen Pop sowie Bollywood-Musik. Zuhause lief im Wohnzimmer Salsa, Folk und afrikanische Songs, etwa von der burundischen Sängerin Khadja Nin. Mit meinen Eltern und meiner Schwester sangen wir ständig. Ich mag Chöre wie *«Le Mystère des voix bulgares»*. Die Gesänge dieser Frauen haben eine unglaubliche Kraft und Tiefe, beim Zuhören ergreift einen ein wahrer Tsunami aus Klängen. Ich mag auch die französisch-venezolanische Sängerin La Chica, die unterschiedlichste Einflüsse kombiniert. *«GOLD»* ist mein erstes Album – der Name bezieht sich auf das hauchdünne Blattgold aus Myanmar – und ist letztes Jahr erschienen. Ich vermische darauf unterschiedliche Musikstile und Kulturen, etwa organische Rhythmen wie jene des argentinischen Bombo mit Soul-Melodien, um eine Pop-Ästhetik zu schaffen. Was ich erzähle, ist von Erlebtem beeinflusst und von meinen Gedanken zu Ungerechtigkeit, Identität, Wurzeln und Verletzlichkeit. Unsere Identität beruht nicht auf der Herkunft, sondern auf Erfahrungen, Werten, unserem Entwicklungsweg und unseren Emotionen. Meine eklektische Musik bringt all das zusammen. Und trägt hoffentlich dazu bei, Menschen zu verbinden.

(Aufgezeichnet von Zélie Schaller)

IMPRESSUM

«Eine Welt» erscheint viermal jährlich in deutscher, französischer und italienischer Sprache.

Herausgeberin

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Redaktionskomitee

Patricia Danzi (Gesamtverantwortung)
Martina Waldis (Gesamtkoordination)
Beat Felber, Marie-Noëlle Paccolat,
Nicolas Saameli, Özgür Ünal

Redaktion

Beat Felber (bf - Produktion), Luca
Beti (lb), Zélie Schaller (zs), Samuel
Schlaefli (sch), Samanta Siegfried (sam)

E-Mail: info.deza@eda.admin.ch

Gestaltung, Lithografie und Druck

Stämpfli AG, Bern

Wiedergabe

Der Nachdruck von Artikeln ist, nach
Bewilligung durch die Redaktion, unter
Quellenangabe gestattet. Belegexemplare
erwünscht

Abonnemente und

Adressänderungen

«Eine Welt» ist gratis (nur in der
Schweiz) erhältlich bei: Kommunikation
EDA, Bundeshaus West, 3003 Bern

E-Mail: deza@gewa.ch

Der Umwelt zuliebe gedruckt auf chlor-
frei gebleichtem Papier

Gesamtauflage: 47400

Titelseite: Eingebettet in die Natur:
Kakaoanbau in Kolumbien.
© Insa Hagemann/laif

ISSN 1661-1667

www.eine-welt.ch
www.deza.admin.ch

«Der drastische Rückgang an Biodiversität ist
wahrscheinlich ein noch grösseres Risiko
für die Menschheit als das Klima – nur merken die meisten
von uns das derzeit noch nicht unmittelbar.»

Bruno Oberle, Seite 8

«Die Regierungsvertreter laden uns ein, hören uns zu,
dann geben sie zu, dass wir mit vielen unserer Klagen recht
haben, doch ändern tut sich nichts.»

Zolazaya Batkhuyag, Seite 23

«Fast 7000 Kinder und 400 Lehrkräfte nahmen
am Projekt teil: Ziel war es, dass sich jedes Kind überall in
jeder Region der Ukraine zu Hause fühlen konnte.»

Ilona Postemska, Seite 30
